

BLACKOUT-GEFAHR
**Wie sicher ist unsere
Stromversorgung?**

WIR ALLE
SIND
WIRTSCHAFT



14. BUNDESMITTELSTANDSTAG

**MIT legt Fitnessprogramm
für deutsche Wirtschaft auf**

HANDWERK
**Mehr Meister
braucht das Land**



Macht kurzen Prozess mit langen Prozessen.

Die neuen HP OfficeJet Pro Drucker. Sicher. Intelligent. Einfach.



Die Freiheit, überall zu arbeiten

Arbeiten an jedem Ort zu jeder Zeit mit der HP Smart App¹ – branchenweit hochklassige App für mobiles Drucken.



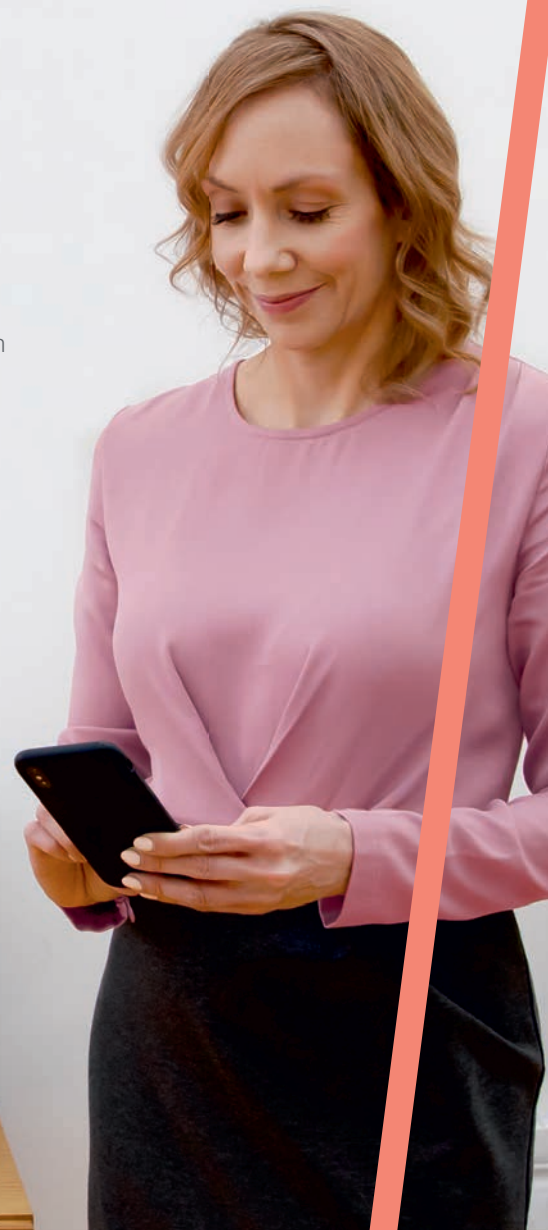
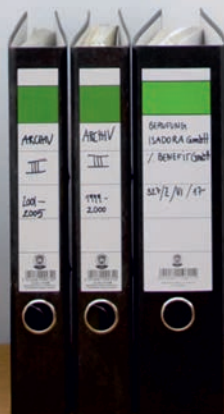
Mehr Zeit für Ihr Business

Höhere Produktivität und zeitsparendes Arbeiten mit HP Smart Tasks.² Einfaches Digitalisieren und Organisieren von Geschäftsdokumenten.



**Bis zu 70%
Tintenkosten sparen³**

700 Seiten für 19,99 €/Monat.
Ihr Drucker bestellt automatisch Tinte nach, wenn der Tintenstand niedrig ist.



Klare Sprache, Überzeugungen und Positionen

*Liebe Lesenden
und Les,*

der 14. Bundesmittelstandstag hat mir wieder einmal vor Augen geführt, in was für einem außergewöhnlichen Zustand dieses Land sich derzeit befindet. Bereits der Anmeldestand wenige Tage vor dem Kongress von 94 Prozent der Delegierten spricht Bände. So hoch war die Anmeldequote seit der Fusion der Mittelstands- und der Wirtschaftsvereinigung zur gemeinsamen MIT im Jahr 1995 nicht mehr. Das verdeutlicht bereits, wie groß das Interesse derzeit an politischen Fragen ist.

Mein Eindruck ist: Unsere Gesellschaft ist so politisiert, so polarisiert und so moralisiert wie lange nicht. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen unserer Zeit – Rezessionsgefahr, Abschottungstendenzen, Klimaängste, rasante Veränderungen bei Digitalisierung und künstlicher Intelligenz, ungelöste Fragen von Zuwanderung, Integration, Demografie und Fachkräftemangel und vieles mehr – kann uns das nicht kalt lassen. Die Politisierung der Gesellschaft ist zwar eine im Grunde positive Entwicklung. Die damit einhergehende Polarisierung und vor allem Moralisierung jedoch sollten uns wachrufen. Wir sind deshalb alle gefordert, mit unseren Freunden, Nachbarn, Mitarbeitern oder Arbeitskollegen, im Sportverein oder wo auch immer, über unsere Politik zu sprechen, unterschiedliche Meinungen zuzulassen und im Dialog zu bleiben. Unsere Demokratie lebt davon.

Was bedeutet das für die Volksparteien CDU und CSU? Aus meiner Sicht kommt es jetzt auf drei Dinge an: Wir brauchen erstens eine feste Überzeugung, dann eindeutige Positionen und schließlich eine klare Sprache. Gerade die CDU muss aufpassen, dass sie nicht zu einer Karaoke-Partei wird, die dem Zeitgeist hinterherrennt und den Ton anderer Parteien imitiert. Die CDU muss wieder eine Partei werden, die Politik aus Überzeugung macht. Und zwar für jeden erkennbar. Das gilt vor allem für die nächsten Koalitionsverhandlungen. Hier muss die Union mit festen Überzeugungen reingehen, damit auch vernünftige Lösungen herauskommen.



Wie es geht, hat der Bundesmittelstandstag vorgemacht. Wir haben dort zwei Tage lang intensiv beraten und Beschlüsse verabschiedet, einen neuen Vorstand gewählt und weitere wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Unser Leitbeschluss, der den Titel „Wir alle sind Wirtschaft“ trägt, listet auf vier Seiten klare Forderungen zu zentralen Politikfeldern auf: zu Digitalisierung, Arbeitsmarkt, Forschung und Entwicklung, Steuergerechtigkeit und Klimaschutz (siehe Seiten 29/30). Auch zum anstehenden Parteitag der CDU am 22. und 23. November in Leipzig wird sich die MIT wie gewohnt inhaltlich einbringen: unter anderem mit Anträgen zu verpflichtenden Sprachtests und Deutsch-Förderprogrammen im Vorschulalter, zur Begrenzung der Amtszeit von Bundeskanzlern, für ein verbindliches Sachleistungsprinzip bei Asylbewerbern und zur Planungsbeschleunigung von Infrastrukturprojekten. Das zeigt, dass die MIT sich nicht auf die Rolle einer Interessenvertretung für den Mittelstand beschränken lässt, sondern immer auch den Anspruch hat, die Union in der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik voranzutreiben. Die MIT ist und bleibt die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft als beste Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley,
Jürgen von Meer
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

Mario Zgoll

Druckauflage

3. Quartal/2019:
26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeilagen der Firmen Plan International Deutschland e.V. und Spezialitäten-Haus G. Schulteis GmbH bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



10

MIT:EDITORIAL

Klare Sprache, Überzeugungen und Positionen 3

von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE

Die linke Tour führt in den Ruin 8

Von Dorothea Siems

Der Systemwettbewerb nach dem Zweiten Weltkrieg hat klar gezeigt, welches Wirtschaftsmodell Wohlstand schafft – und welches in den Ruin führt.

MIT:TITEL

Streitgespräch

„Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen“ 10

Wohin steuert die Wirtschaftspolitik? Darüber stritten auf dem 14. Bundesmittelstandstag Gesundheitsminister Jens Spahn und Gesamtmetall-Chef Rainer Dulger.

Künstliche Intelligenz

Datenschutz bremst Fortschritt aus 15

Gerade im Gesundheitswesen sind es oft datenschutzrechtliche Fragen, die die Entwicklung ausbremsen.

Handwerk

Mehr Meister braucht das Land 26

Die MIT hat jahrelang für eine Wiedereinführung der Meisterpflicht gekämpft. Ab 2020 sollen zwölf Gewerke wieder meisterpflichtig werden.

Blackout-Gefahr

Wie sicher ist unsere Stromversorgung? 18

Ein Blackout ist wahrscheinlicher als bislang angenommen. Vor allem, wenn die Verkehrswende zugunsten der Elektromobilität voll durchschlägt.

MIT:ERKLÄRT

Klimaschutzprogramm und Klimaschutzgesetz Licht und Schatten im Klimapaket 22

Die Bundesregierung hat ihr umstrittenes Klimapaket auf den Weg gebracht. Was jetzt auf Bürger und Unternehmen zukommt und wie Ökonomen das Paket bewerten.





18

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollten Investitionen Vorrang vor der schwarzen Null haben? 24

Olav Gutting und Patricia Lips diskutieren.

MIT:FAKTEN 6,9

Beschäftigte sind wieder häufiger krank, Familienunternehmen fahren besser an der Börse und die Mietbelastung ist niedriger als vielfach angenommen.

MIT:INSIDE

MIT legt Fitnessprogramm für deutsche Wirtschaft auf 29

Der neue MIT-Bundesvorstand 2019-2021 34

EU-Check 36

Mitgliederstatistik 38

Neumitglieder 39

22



Mehr Entlastung?

Mit durchgängig digitalen

kaufmännischen Prozessen.



Die digitalen DATEV-Lösungen unterstützen Sie bei allen kaufmännischen Aufgaben – vom Angebot über die Kassenführung bis hin zur Buchführung. So gewinnen Sie Freiräume und mehr Zeit für die Betreuung Ihrer Kunden. Informieren Sie sich im Internet oder bei Ihrem Steuerberater.

[Digital-schafft-Perspektive.de](https://www.digital-schafft-perspektive.de)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Regierung beschließt Blockchain-Strategie

Das Bundeskabinett hat eine Blockchain-Strategie verabschiedet. Damit sollen Innovationen auf Basis dieser Technologie, die auch hinter der Kryptowährung Bitcoin steckt, angestoßen und unterstützt werden. Unter anderem sollen verstärkt digitale Verwaltungsdienstleistungen angeboten werden. In Sachen Blockchain-Technologie gibt es gerade in der Wirtschaft Nachholbedarf: Nicht einmal jedes zwölfte Unter-

nehmen ab 50 Mitarbeitern diskutiert laut einer Bitkom-Studie zumindest über ihren Einsatz. Hauptgrund ist die fehlende Expertise. Der Digitalverband hat einen Leitfaden („Evaluierung und Implementierung von Blockchain Use Cases“) und eine Checkliste entwickelt, mit der sich prüfen lassen soll, ob die Blockchain-Technologie geeignet ist, ein konkretes unternehmerisches Problem zu lösen.

Globale Müllabfuhr

Eine gesicherte Entsorgung zählt zu den dicken Pluspunkten, die für den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb sprechen. Zum Erfolg der deutschen Kreislaufwirtschaft tragen vor allem private Unternehmen bei. Hierzulande ist es aber auch selbstverständlich, dass Haushaltsabfälle von der Müllabfuhr zuverlässig eingesammelt werden. In vielen asiatischen, südamerikanischen und afrikanischen Ländern ist das nicht der Fall, meldet das Institut der deutschen Wirtschaft. Weltweit würden fast 20 Prozent aller Siedlungsabfälle nicht gesammelt. Die Vereinten Nationen rechnen damit, dass sich bis 2050 der Müllberg verdoppelt – von knapp zwei Milliarden Tonnen im Jahr 2016 auf dann vier Milliarden Tonnen.

Müll: In vielen Regionen ein Problem

So viel Prozent der Siedlungsabfälle wurden zwischen 2010 und 2018 regelmäßig gesammelt



Ozeanien: ohne Australien und Neuseeland
Quelle: Vereinte Nationen
© 2019 IW Medien / iwd

iwd



Beschäftigte sind häufiger krank

Im Jahr 2018 waren die Beschäftigten in Deutschland im Schnitt 19,9 Tage krank. Das ist ein Anstieg von 0,5 Tagen im Vergleich zu 2017. Die Zahlen wurden im Fehlzeiten-Report der AOK vorgestellt, der sich auf die Daten von rund 14 Millionen Versicherten in 1,6 Millionen Betrieben bezieht. Der häufigste Grund für eine Arbeitsunfähigkeit sind Atemwegserkrankungen (53 Prozent), gefolgt von Muskel-Skelett-Erkrankungen (34 Prozent) und psychischen Erkrankungen (11 Prozent). Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist in den letzten zehn Jahren konstant gestiegen. Die Daten zeigen auch: Wer häufig im Homeoffice arbeitet, klagt häufiger über Erschöpfung, ist aber seltener krank.

Die zehn innovativsten Volkswirtschaften der Welt

Deutschland holt mit großen Schritten zum Innovationschampion Südkorea auf. Im Bloomberg-Innovationsindex belegt Deutschland erstmals seit 2016 wieder den zweiten Platz. Der Index wertet Faktoren wie die Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Patentanmeldungen und High-Tech-Unternehmen aus. Durch Verbesserungen in Forschung und Bildung erreichte Deutschland fast einen Gleichstand zu Südkorea. Die verbesserte Wertschöpfung geht vor allem auf die Industriekonzerne Volkswagen, Bosch und Daimler zurück. 2018 landete die deutsche Volkswirtschaft auf Rang vier, 2017 auf Rang drei.

Länder-Ranking nach Innovationswert 2019*



* Indexwert aus folgenden Faktoren: F&E-Ausgaben, Patentaktivität, Tertiäre Effizienz, Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes, Produktivität, High-Tech-Dichte sowie Anzahl der Fachkräfte in Forschung und Entwicklung



Quellen: Visualcapitalist, Bloomberg

statista

Deutsche lieben Bargeld - noch

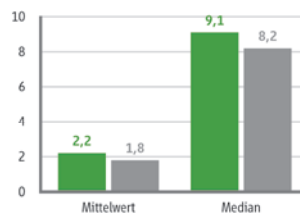
Die Deutschen hängen an ihren Scheinen und Münzen und nutzen sie auch deutlich häufiger als ihre europäischen Nachbarn – die Differenz zum europäischen Durchschnitt bei alltäglichen Ausgaben liegt zwischen 9 und 34 Prozentpunkten. Eine repräsentative Umfrage der ING-Bank aber zeigt: Die Bargeldnutzung jüngerer Altersgruppen liegt über alle Ausgabenarten hinweg deutlich niedriger als die der älteren. Rund ein Viertel der 18- bis 34-jährigen würde eine Bargeldabschaffung begrüßen.



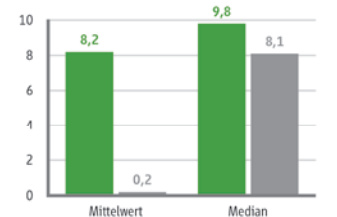
Familienunternehmen an der Börse erfolgreicher

Etwa 40 Prozent der börsennotierten Firmen sind Familienunternehmen. Sie wirtschaften solider und erfolgreicher als Nicht-Familienunternehmen – und die positive Performance wächst mit dem Familieneinfluss. Das geht aus einer Untersuchung der Technischen Universität München im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hervor. Familienunternehmen verzeichneten im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2018 ein höheres Wachstum in Bezug auf Umsatz und Beschäftigung. So ist das jährliche Beschäftigungswachstum von Familienunternehmen (sechs Prozent) annähernd doppelt so hoch wie bei Nicht-Familienunternehmen (drei Prozent). Auch gemessen an der Gesamtkapitalrendite und der Eigenkapitalrendite schneiden Familienunternehmen signifikant besser ab.

Return on Equity, gemäß Founding-Family-Definition



Return on Equity, gemäß Substantial Family Influence (SFI...)



■ Familienunternehmen ■ Nicht-Familienunternehmen

© Stiftung Familienunternehmen

„Angezählt“



Ein Jahr ist die DSGVO bereits in Kraft, doch nur ein Viertel (25 Prozent) der deutschen Unternehmen hat sie bisher umgesetzt. Das ergab eine Studie des Digitalverbands Bitkom. Immerhin 67 Prozent der Unternehmen haben die DSGVO teilweise umzusetzen. Laut der Studie erscheint die vollständige Umsetzung vielen Unternehmen als unmöglich. Sie fordern Nachbesserungen und Umsetzungshilfen. Für die Studie wurden mehr als 500 Unternehmen in Deutschland befragt. Die MIT konnte bereits einige Verbesserungen beim Datenschutz durchsetzen, wie zum Beispiel einen höheren Schwellenwert, ab dem ein Datenschutzbeauftragter nötig ist und erschwerte Abmahnungen, fordert jedoch weitere Erleichterungen ein (Ausgabe 4|19).

Die linke Tour führt in den Ruin

Von
Dorothea Siems



Dorothea Siems (56) ist heftigste Korrespondentin der Zeitungen Welt und Welt am Sonntag. Die promovierte Volkswirtin ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und wurde 2014 mit dem Mittelstandspreis der MIT ausgezeichnet.

Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer gibt es in Deutschland eine bemerkenswerte Entwicklung: Viele der alten Rezepte, die in der DDR krachend gescheitert waren, erleben in Deutschland eine Renaissance. Eine wachsende Kritik am freiheitlichen System der Sozialen Marktwirtschaft kommt dabei nicht nur von der SED-Nachfolgepartei. Neben der Linkspartei sind auch Sozialdemokraten und Grüne dabei, wieder mehr auf staatliche Planwirtschaft zu setzen.

Vor allem Berlin dient dabei als Testlabor. In der Hauptstadt regiert ein rot-rot-grüner Senat, der entschlossen ist, den Wohnungsmarkt umzukrempeln. So hat die linke Bau-senatorin Katrin Lompscher einen „Mietendeckel“ angekündigt, der für fünf Jahre jede Anhebung verbietet. Zudem will der Senat je nach Ausstattung und Alter der Immobilie starre Mietobergrenzen festsetzen, die oft weit unter dem aktuellen Niveau liegen. Sollte die Miete dennoch mehr als 30 Prozent eines Haushaltseinkommens ausmachen, darf sie überdies gekürzt werden. Nicht nur große Immobilienkonzerne, sondern auch kleine Privatvermieter und Genossenschaften werden auf diesem Weg kalt enteignet.

Mehr Sozialismus wagen SPD, Linke und Grüne aber nicht nur in der Hauptstadt. Auch auf Bundesebene kommen immer häufiger klassenkämpferische Töne. Die SPD-Spitze macht sich für einen bundesweiten Mietestopp stark. Ganz oben auf ihrer Wunschliste steht die Wieder-

eingührung der Vermögensteuer. Wobei man zehn Milliarden Euro pro Jahr einsammeln will – aber ausschließlich „bei Multimillionären und Milliardären“. Beim Solidaritätszuschlag geht es Finanzminister Olaf Scholz vor allem darum, den Soli in eine Extrasteuer für Unternehmer und Gutverdiener umzuwandeln. Jusso-Chef Kevin Kühnert bringt derweil schon mal eine „Kollektivierung“ großer Unternehmen wie BMW ins Spiel – ein Schreckensszenario nicht nur für die Anteilseigner, sondern auch für die Arbeitnehmer. Auch Grünen-Chef Robert Habeck sieht Enteignungen von Wohnungsgesellschaften „notfalls“ als probates Mittel im Kampf gegen Wohnungsnot an.

Ökonomen reagieren mit wachsender Sorge auf diese Entwicklung. Schließlich geht es inzwischen um Grundpfeiler des bislang so erfolgreichen Wirtschaftsmodells. Wie viel Schaden solche radikalen Markteingriffe gerade am Wohnungsmarkt anrichten, lehrt die Vergangenheit. Wenn Investoren verschreckt werden, wird nicht mehr saniert und am Ende nicht mehr gebaut.

Im Energiesektor lässt sich gleichfalls studieren, wie staatliche Eingriffe nicht nur Preise in die Höhe treiben, sondern auch immer neue Subventionen nach sich ziehen. Eine ineffiziente Stromerzeugung schadet Unternehmen wie Privatkunden gleichermaßen. Trotz der ernüchternden Erfahrung mit der Energiewende pochen die Marktskeptiker in der aktuellen Klimadebatte darauf, dass sich der Staat mit Verboten, Steuern und noch mehr Regulierung zum Hauptakteur in der Klima- und Mobilitätswende aufschwingen solle. Das aber klingt nach einer grün angestrichenen DDR.

Heute trifft manche linkspopulistische Idee auch in bürgerlichen Kreisen auf Zustimmung. Denn der rasante Wandel der Arbeitswelt und die Globalisierung verunsichern viele Bürger. Doch der Systemwettbewerb nach dem Zweiten Weltkrieg hat klar gezeigt, welches Wirtschaftsmodell Wohlstand schafft – und welches in den Ruin führt. Wer die Zukunft gewinnen will, muss wieder mehr Marktwirtschaft wagen. ●

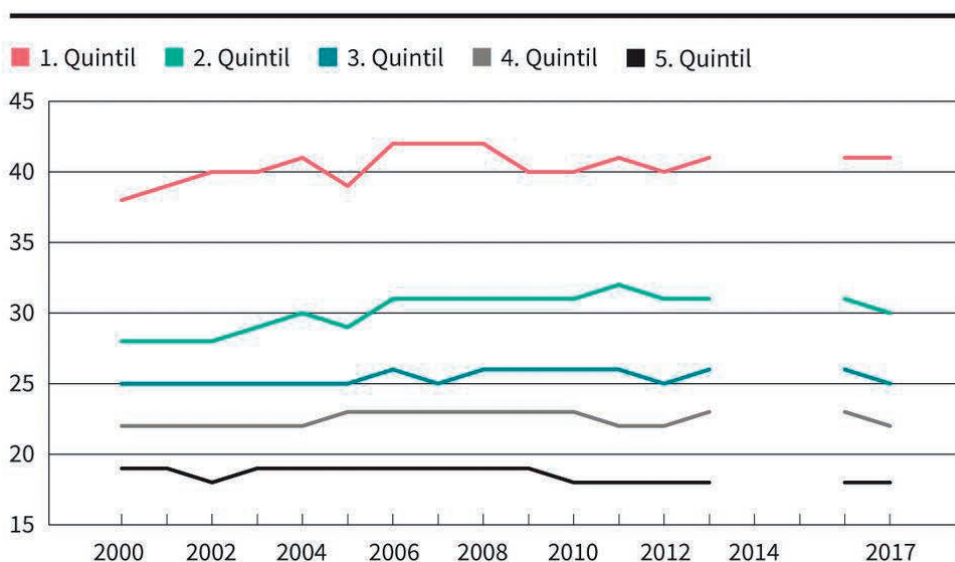
Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Mietbelastung seit Jahren stabil

Vor allem in Großstädten wird derzeit viel über zu hohe Mieten geklagt. Doch die Mietkostenbelastung ist seit Mitte der 2000er Jahre konstant geblieben. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens des Instituts der deutschen Wirtschaft. Die Wissenschaftler haben die Bruttokaltmiete ins Verhältnis zum Haushaltsnettoeinkommen gesetzt – denn schließlich sind in den vergangenen Jahren auch die Einkommen gestiegen. Die Mietkostenbelastung liegt aktuell durchschnittlich bei 28 Prozent. In Metropolen sind es knapp 30 Prozent. Die Wissenschaftler haben zudem die Mietkostenbelastung verschiedener Einkommensgruppen überprüft (siehe Grafik). Auch hier blieb die Belastung im Vergleich zum Einkommen im Grunde unverändert.

Auf dem Mietmarkt nichts Neues

So viel Prozent ihres monatlichen Nettoeinkommens gaben die Haushalte – aufgeteilt in fünf gleich große Gruppen (Quintile) – im Durchschnitt für die Bruttokaltmiete aus



2014 und 2015: Daten wurden mit einer anderen Methodik erhoben als in den Vor- und Folgejahren, sind deshalb nicht vergleichbar und werden deshalb nicht dargestellt; Bruttokaltmiete: Nettokaltmiete und Nebenkosten; Quintile: Einteilung der Mieterhaushalte auf Basis der monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen in fünf gleich große Gruppen vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft, Sozio-oekonomisches Panel
© 2019 IW Medien / iwd

iwd



Äquivalenzprinzip

Beim Äquivalenzprinzip handelt es sich um eine Methode, wie die Kosten staatlicher Leistungen auf die Bürger eines Staates (oder einer Kommune) verteilt werden können. Das Äquivalenzprinzip besagt, dass derjenige, der von einer Leistung profitiert, über eine entsprechende Abgabe auch dementsprechend zur Finanzierung dieser Leistung herangezogen wird. Je mehr staatliche Leistungen ein Bürger also in Anspruch nimmt, desto mehr Steuern oder Abgaben muss er dafür entrichten. Umgekehrt gilt – etwa bei der Rente – dass derjenige, der mehr Beiträge eingezahlt hat, am Ende auch mehr herausbekommt als derjenige, der weniger eingezahlt hat.

Mietendeckel könnte Mietern schaden

Je stärker die Politik in den Mietwohnungsmarkt eingreift, desto schlechter kann sich das für die Mieter auswirken. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). In der Studie wurden staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt in 27 Ländern analysiert. Das Ergebnis: Je stärker der Staat eingreift, desto unattraktiver wird das Vermieten. Viele wandeln ihre Mietwohnungen dann in Eigentumswohnungen um. Dadurch sinkt die Zahl der verfügbaren Mietwohnungen. Wer es sich leisten kann, wird dann Wohneigentum kaufen. Ärmere Mieter hingegen bleiben auf der Strecke. Das DIW empfiehlt der Politik statt Regulierungen mehr gezielte Unterstützung für Mieter. Der 14. Bundesmittelstandtag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht gegen den Berliner Mietendeckel zu beantragen.





JENS SPAHN UND RAINER DULGER IM STREITGESPRÄCH

„Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen“

Markt vs. Staat: Wohin steuert die Wirtschaftspolitik? Darüber stritten auf dem 14. Bundesmittelstandstag MIT-Präsidiumsmitglied und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Rainer Dulger. Den gekürzten Abdruck des Streitgesprächs, moderiert von Michael Bröcker, geben wir hier zum Nachlesen wieder.

Michael Bröcker: *Wir müssen mit dem vielleicht größten Staatseingriff, den die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren beschlossen hat, anfangen: dem Klimaschutzpaket. Ist es eigentlich ein wachstumsförderndes oder ein wachstumshemmendes Paket?*

Rainer Dulger: Ich sehe das Klimaschutz-Paket als recht gelungenen Kompromiss. Es ist aber für uns in der mittelständischen Industrie in erster Linie eine Herausforderung. Wenn Sie etwas für die Umwelt tun wollen,

brauchen Sie Technologien. Und die werden traditionell in Deutschland im Mittelstand entwickelt. Es ist auch eine Riesenchance, neue Geschäftszweige zu erschließen. Deswegen: ein ganz gelungener Kompromiss.

Herr Spahn, als Sie vor wenigen Tagen Greta Thunberg in New York gesehen haben, haben Sie da gedacht „Mensch, endlich mal Emotionalität in der Politik“? Oder haben Sie gedacht „Oh Gott, jetzt wird der Wahnsinn immer wahnsinniger“?

Jens Spahn: Emotionen finde ich gut und wichtig. Aber ich halte nichts davon, wenn Panik Politik bestimmt. Das ist auch nie das, was uns als Union ausgemacht hat. Was uns ausmacht – und von dieser Emotion wünsche ich mir mehr – ist Zuversicht. Ja, die Aufgaben sind groß. Es geht um die Frage von Klimawandel, Klimaschutz und die Frage „Wie bleiben wir wirtschaftlich erfolgreich?“. Wenn wir Pflege und Gesundheit in fünf, in zehn Jahren noch bezahlen können wollen, brauchen wir weiterhin wirtschaftliches Wachstum und müssen Exportweltmeister sein. Deswegen finde ich es wichtig, mit Zuversicht aus dem, was wir in den letzten sieben Jahrzehnten in der Bundesrepublik erreicht haben, an das Thema ranzugehen, mit Lust an Innovation. Ich halte nichts von diesem Verzichtspopulismus in der Klimadebatte. Es geht nicht darum, auf irgendetwas zu verzichten, sondern es geht darum, die Dinge, die wir tun, so durch Innovationen zu ermöglichen, dass sie eben ohne CO₂-Ausstoß gelingen können. Und genau dafür ist im Klimapaket die Grundlage gelegt worden. Es war unser Punkt als Union, dass wir eine Bepreisung wollen, die am Ende nicht Techniken vorgibt, sondern Preise und sich dann im Wettbewerb, in der Innovationskraft von Industrie und Mittelstand, Techniken entwickeln können. Genau dieses Konzept des Emissionshandels mit Zertifikaten ist unser marktwirtschaftlicher Ansatz. Die Sozialdemokraten wollten mal wieder nur Steuern

erhöhen und Einnahmen generieren. Aber wir haben uns mit unserem Konzept durchgesetzt, und das ist gut.

Warum ist es der CDU nicht gelungen, die bisher nicht zielgerichteten Maßnahmen wie die EEG-Förderung auch wirklich abzuschaffen, wenn man neue einführt?

Spahn: Es gibt eine Große Koalition. Am Ende müssen wir Kompromisse finden und schauen: Ist mehr Licht oder mehr Schatten? Bei diesem Kompromiss hat sich in der Kernfrage unserer marktwirtschaftlicher Ansatz durchgesetzt. Deshalb können wir von viel Licht sprechen. Es war immer das Ziel der Grünen, Autos abzuschaffen. Und es war immer unsere Position, dass Individualverkehr etwas mit Freiheit zu tun hat. Genau das findet sich in diesem Paket wieder, und deswegen können wir damit gut leben.

„Es war immer das Ziel der Grünen, Autos abzuschaffen. Und es war immer unsere Position, dass Individualverkehr etwas mit Freiheit zu tun hat.“

Jens Spahn

Herr Dulger, die Themen der letzten Monate sind eher verteilungspolitische, sozialpolitische Themen gewesen. Wir reden über den Mietpreis, über eine CO₂-Steuer, über die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, sogar über Enteignung wurde mal philosophiert. Wo findet eigentlich die marktwirtschaftliche Debatte statt?

Dulger: Ja, das frage ich mich auch: Aber es gibt zwei Dinge, die man hier den verantwortlichen Politikern aus dem Mittelstand noch einmal explizit mit auf den Weg geben kann. Punkt eins: Ich glaube, ganz vorne steht für uns Mittelständler die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Da sind wir nicht mehr bei einer Frage der Notwendigkeit. Da sind wir bei einer Fra-

ge der Glaubwürdigkeit. Zum Zweiten: Es ist für uns im Mittelstand ganz wesentlich, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Und zu diesen Rahmenbedingungen haben wir in den letzten Jahren ziemlich viel einstecken müssen. Deutschland ist als Wirtschaftsstandort im internationalen Vergleich deutlich zurückgefallen. Das kann so nicht weitergehen. In der nächsten Zeit werden die Sozialabgaben die 40-Prozent-Grenze wahrscheinlich überschreiten. Die Lohnnebenkosten müssen deshalb per Gesetz bei 40 Prozent gedeckelt werden und nicht nur mit einer Absichtserklärung. Des Weiteren bitte ich Sie, endlich eine Reform unseres Arbeitszeitrechts anzugehen. Und ich lege großen Wert darauf: Es geht nicht darum, dass wir länger arbeiten, sondern darum, dass wir flexibler arbeiten. Die Festlegung unserer Arbeitszeitrah-

men stammt aus der Zeit von Telex und Wählscheibentelefon. Die EU hat es in ihrer Arbeitszeitrichtlinie vorgeordnet. Nur bei uns in Deutschland gibt es das noch nicht. Wir müssen unbedingt die Arbeitszeit flexibilisieren, und zwar in Richtung Wochenarbeitszeit und nicht mehr in Richtung Tagesarbeitszeit.

Zum Soli: Freuen Sie sich insgeheim auf eine mögliche erfolgreiche Klage der FDP?

Spahn: Dass wir als CDU/CSU, auch wir in der MIT, den Soli sofort zu 100 Prozent hätten abschaffen wollen, ist klar. Aber ich finde, zur Verlässlichkeit von Politik gehört eben dazu, dass wir den im Koalitionsvertrag angekündigten ersten Schritt jetzt auch machen.

Sonst produziert es zusätzlichen Frust. Ich bin der Erste, der bei einer vollständigen Abschaffung mitmacht, wenn wir eine Mehrheit im Deutschen Bundestag haben. Aber in dieser Koalition mit der SPD ist das ohne eine Debatte darüber, den abgeschafften Soli durch einen höheren Spitzensteuersatz aufzufangen, aktuell nicht möglich. Und diesen Kompromiss bin ich nicht bereit, mitzugehen.

Herr Dulger, Ihnen juckt's in den Fingern?

Dulger: Ja, mich juckt's in den Fingern. Ich habe Verständnis für Ihre Ausführungen, Herr Spahn. Aber akzeptieren will ich es nicht. Es hieß zur Einführung des Solis, dass er irgendwann wieder abgeschafft wird und nicht teilweise. Ich habe Respekt, dass Sie diesen Kompromiss erringen konnten. Aber ich habe auch Sorge, ob eine teilweise Abschaffung dann vor den Karlsruher Verfassungsrichtern Bestand hat.

„Wir müssen unbedingt die Arbeitszeit flexibilisieren, und zwar in Richtung Wochenarbeitszeit und nicht mehr in Richtung Tagesarbeitszeit.“

Rainer Dulger

Die SPD will Ende des Jahres darüber abstimmen, ob diese Große Koalition für sie noch zuträglich ist oder nicht. Warum sagt die CDU nicht ebenso: Wir stimmen auch mal über diese Koalition ab?

Spahn: Das ist eine berechtigte Frage. Ich war vor 18 Monaten für eine Minderheitsregierung. Denn eine Große Koalition hat auch so ihre Herausforderungen. Aber jetzt haben wir uns für einen Koalitionsvertrag entschieden, der auch viel Gutes enthält, ob Soli, 40 Prozent-Obergrenze für Sozialabgaben, Investitionen in digitale Infrastruktur, Planungsbeschleunigung,

Bürokratieabbau. Es ist eine Frage von Verlässlichkeit und Verantwortung, dass die Regierung das auch vernünftig abarbeiten kann. Nur eins ist eben auch wichtig für uns als Union: dass wir, während wir in der Großen Koalition sind und gemeinsam Probleme lösen, gleichzeitig Unterscheidbarkeit herstellen müssen, vor allem in der Debatte, wie wir die 20er Jahre gestalten wollen. Wir müssen in der Koalition gut regieren und gleichzeitig Profil, Unterscheidbarkeit zeigen. Nicht jeden Vorschlag, den wir machen, müssen die Grünen gut finden. Im Gegenteil: Es tut ganz gut, wenn ab und zu mal auch zu den Sozialdemokraten Unterschiede deutlich werden. Das ist ein Spagat, der gelingen muss. Das ist nicht leicht in meinem Alltag, aber die einzige Chance, die politische Auseinandersetzung in der Mitte attraktiv zu halten. Deswegen suchen die Leute doch den Unterschied im Extremen, weil es immer schwerer wird, in der Koalition die

Unterschiede in der weiteren Mitte zu sehen. Diese Balance – gut regieren und Unterschiede deutlich machen – die muss uns gelingen.

Welches konkrete Gesetz der Bundesregierung in den nächsten zehn Monaten stärkt die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes auf internationalem Niveau?

Spahn: Zum Beispiel die teilweise Abschaffung des Solis. Wir haben gerade beim Bürokratieabbau miteinander Dinge vereint. Ich hätte mir auch mehr gewünscht, aber es ist zumindest ein erster weiterer Schritt. Aber noch viel



wichtiger finde ich die Debatten rund ums Digitale. Wir hatten heute im Bundestag das Gesetz für digitale Versorgung im Gesundheitswesen. Wir sind das erste Land auf der ganzen Welt, das es möglich machen wird, dass Apps auf Rezept von Krankenkassen finanziert werden.

Steuern ist ein sehr wichtiges Thema. Ich bin für eine Unternehmenssteuerreform. Wir brauchen diese im Wettbewerb mit anderen Ländern. Aber lasst uns auch mal einen Blick auf das haben, was wir gerade im digitalen Bereich an Veränderungen machen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.

Dulger: Herr Minister Spahn, ich bin überzeugt davon, dass Sie als führendes Mitglied dieser Partei auch nach dieser Koalition die 20er-Jahre mitgestalten können. Aber Sie müssen abwägen, ab wann Ihnen diese ständigen Kompromisse mit den Sozialdemokraten auf die Füße fallen. Es ist unbestritten, dass all das, was sie hier vorgebracht haben, super ist und in die richtige Richtung geht. Aber bitte behalten Sie im Auge, wann diese ständigen Kompromisse Ihnen schaden.

Spahn: Ich bin bei Ihnen, Herr Dulger. Wir führen konstruktive Gespräche, aber wir machen nicht Kompromisse um jeden Preis. Ich sehe momentan nicht, dass 50 plus x Prozent bei der



Dr. Rainer Dulger (55) ist geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens ProMinent, eines Dosierpumpenherstellers in Heidelberg mit rund 2500 Mitarbeitern. Seit 2012 ist er Präsident von Gesamtmetall, dem Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie.

Michael Bröcker (42) ist Diplom-Volkswirt und Journalist. Seit 2014 war er Chefredakteur der Rheinischen Post. Nach dem Bundesmittelstandstag wechselte er als Co-Gesellschafter und Chefredakteur zum Medienunternehmen Media Pioneer von Gabor Steingart nach Berlin.

Jens Spahn (39) ist seit 17 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages und seit März 2018 Bundesminister für Gesundheit. Der gelernte Bankkaufmann und Politikwissenschaftler ist Mitglied im Präsidium von CDU und MIT.

nächsten Wahl unser Ergebnis sind. Egal in welcher Konstellation wir regieren werden, es gibt immer einen Partner, mit dem wir Kompromisse machen müssen. Und wenn ich aktuell auf Sachsen und Brandenburg schaue: Diejenigen, auch aus dem bürgerlichen Lager, die sich aus Enttäuschung für die Vereinfacher von rechts entschieden haben, haben im Ergebnis mitverursacht, dass wir jetzt noch mehr Kompromisse nach links machen müssen. Denn jetzt kommen die Grünen etwa in Sachsen mit in die Regierung. Es treibt mich wahnsinnig um, dass wir durch die Wahlergebnisse mit dem Frust im bürgerlichen Mitte-rechts-Bereich gezwungen sind, Kompromisse nach links zu machen. Was heißt das für die nächsten Wahlen? Die einzige Alternative ist,

„Wir müssen in der Koalition gut regieren und gleichzeitig Profil, Unterscheidbarkeit zeigen. Nicht jeden Vorschlag, den wir machen, müssen die Grünen gut finden.“

Jens Spahn

am Ende tatsächlich unsere Punkte zu debattieren, den Unterschied herauszuarbeiten und gleichzeitig auch in der Lage zu sein, durch Entscheidungen im Regierungsalltag einen Unterschied zu machen. Ich halte den Kompromiss für einen Wert an sich. Es geht in der Familie nicht ohne Kompromiss und es geht auch im politischen Miteinander, ob im Stadtrat oder im Bundestag, nicht ohne Kompromiss. Nicht um jeden Preis.

Aber wir sollten wertschätzen, dass Kompromisse – richtig gemacht, aus einer guten Debatte erwachsen – Zusammenhalt in einer Gesellschaft stärken können. Wenn die deutsche Gesellschaft etwas braucht in diesen Zeiten, dann Dinge, die Zusammenhalt stärken.

Als Gesundheitsminister haben Sie in letzter Zeit sehr viel Geld ausgegeben, in Gesetze gegossen. Man hat das Gefühl, Sie haben die junge Generation, der Sie ja eigentlich angehören, ein bisschen vergessen. Lebt die Koalition, gerade weil es noch gut läuft, nicht dramatisch über ihre Verhältnisse?

Spahn: Es hat aber auch einen Grund, dass es im Gesundheitsbereich teurer wird. Wir sind nach Japan das zweitälteste Land der Welt. Die Lebenserwartung steigt jeden Tag um sechs Stunden im Schnitt, worüber ich mich sehr freue. Wir haben 3,3 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland, wir haben fast zwei Millionen Menschen mit Demenz. Ich bekomme häufig gefragt: „Ist das eigentlich richtig, dass wir in der Altenpflege solche Gehälter haben?“ Genau deswegen werde ich als Gesundheitsminister immer der größte Unterstützer von Wachstumspolitik

sein. Wenn ich lese, es würde reichen, wenn wir Glück messen, wir bräuchten doch kein Bruttoinlandsprodukt mehr zu messen, dann kann ich nur sagen: Mit Glück allein bezahlen Sie weder Rente noch Pflege. Wir werden als dieses alte Land, das wir sind, auch in fünf, in zehn, in 15 Jahren noch Wirtschaftswachstum brauchen. Wir wollen ein Wirtschaftswachstum, das möglichst wenig bis kein CO₂ ausstößt. Aber wir

brauchen das wirtschaftliche Wachstum. Die Frage, ob wir noch Autos verkaufen, hat etwas damit zu tun, ob wir uns Pflege, Gesundheit, Rente noch leisten können. Ich finde, wir haben auch die Verantwortung, den Zusammenhang herzustellen.

Herr Dulger, gibt es eine Chance, ein alterndes Land gut zu finanzieren, ohne dass wir ständig über die Lohnnebenkosten über der 40-Prozent-Grenze reden müssen?

Dulger: Das geht nur mit allerhöchster Wettbewerbsfähigkeit, und die hat nicht nur etwas mit Technologie, also mit den Produkten zu tun, sondern auch mit dem Standort. An der Stelle ist die Politik gefordert, dass der Standort Deutschland attraktiv bleibt. Im Moment sind wir hier im europäischen Vergleich zurückgefallen. Da gibt es Raum für Verbesserungen. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren viel für Soziales getan, vielleicht auch zu viel für Soziales und zu wenig für die Wirtschaft. Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen.

Können Ihrer Meinung nach, Herr Spahn, in einer neuen Regierung bestimmte Teile dieser Sozialausgaben, wie Grundrente, Mütterrente, Baukindergeld, wieder rückgängig gemacht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen?

Spahn: Da bin ich bei der Rente mit 63. Ich halte das aus den letzten fünf bis zehn Jahren Sozialpolitik für den größ-

„Ganz vorne steht für uns Mittelständler die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Da sind wir nicht mehr bei einer Frage der Notwendigkeit, sondern der Glaubwürdigkeit.“

Rainer Dulger

ten aller Fehler, weil sie das eigentliche Thema nicht adressiert: Leute, die nicht mehr können, weil sie sich kaputt gearbeitet haben, kommen nicht bis 63. Für die hätten wir besser was bei der Erwerbsunfähigkeitsrente getan. Gleichzeitig haben wir gesehen, wie die Rente mit 63 jedes Jahr Fachkräfte aus dem Markt zieht. Ich mache dem Einzelnen überhaupt keinen Vorwurf, aber der Anreiz, aus dem Job rauszugehen, ist falsch. Wir haben das versucht bei Jamaika einzubringen, was schon schwierig war. Aber in der jetzigen Koalition ist es noch schwieriger. Das Thema wäre es wirklich wert, in einer nächsten Koalition anzugehen.

Herr Dulger, viele reden über eine bevorstehende Rezession, auf jeden Fall einen deutlichen Abschwung. Erstens, stimmt das? Und zweitens, gibt es eigentlich kurzfristig Möglichkeiten, jetzt schon gegenzusteuern?

Dulger: Ja, es gibt Möglichkeiten. Die Bundesregierung gibt für die Erforschung der Künstlichen Intelligenz in den nächsten drei Jahren fünf Milliarden Euro aus. In der gleichen Zeit gibt sie für eine Mütterrente das Zwanzigfache aus, nämlich 60 Milliarden. Und

das tut sie für die bestversorgte Rentergeneration, die dieses Land jemals gesehen hat. Ich frage mich, ob hier die Gewichtung stimmt.

Wir brauchen dringend wieder einen erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld und keine Verknüpfung mit Weiterbildungsmaßnahmen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, mit dem Sie unserer Industrie kurzfristig helfen können.

Herr Spahn, wird in der Bundesregierung, in kleineren Zirkeln und Hintergrundgesprächen aktiv schon über mögliche Pakete gesprochen, die dann folgen müssen, sollte es doch zu ernsthaften Abschwüngen in größeren Wirtschaftsbereichen kommen?

Spahn: Die Debatte findet doch öffentlich statt. Das eine ist, sich vorzubereiten und den Unternehmen zu helfen, sich vorzubereiten, da gehört das Thema Kurzarbeit dazu. Das andere ist die Frage, wo wir Impulse setzen können, und auch die Diskussionen führen wir. Ich bin der Erste, der unterstützen würde, dass wir für jeden Euro zusätzlich im Sozialen mindestens auch einen Euro zusätzlich für Investitionen in Entwicklung, Forschung, Infrastruktur ausgeben müssten.

Da haben Sie uns an Ihrer Seite, Herr Dulger. Wir haben 16 Millionen Euro für Künstliche Intelligenz im Gesundheitswesen bekommen. Wir hätten noch viel mehr finanzieren können. Aber dann schaue ich mir an, was Google, Apple, Amazon und chinesische Staatskonzerne da investieren. Deswegen ist es sehr gut, dass wir die MIT haben, die uns genau in diese Debatten lenkt und weiter daran arbeitet. ●



Datenschutz bremst Fortschritt aus

Die Bundesregierung sollte mehr in die Erforschung von Künstlicher Intelligenz investieren. Darin waren sich Gesundheitsminister Jens Spahn und Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger im Streitgespräch auf dem Bundesmittelstandstag einig. Doch gerade im Gesundheitswesen sind es oft datenschutzrechtliche Fragen, die die Entwicklung ausbremsen.

Datenschutz ist etwas für Gesunde“, sagt Bundesgesundheitsminister und MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn. Kranke dagegen würden davon profitieren, wenn ihre Daten für Forschungszwecke genutzt werden.

Vor allem Künstliche Intelligenz (KI) könnte den Arbeitsalltag von Ärzten und Pflegeern erleichtern, etwa wenn Algorithmen Röntgenaufnahmen scannen und dann die Diagnose unterstützen. Doch die rechtlichen Hürden sind hoch. Die Anbieter solcher digitalen Anwendungen sind auf Patientendaten angewiesen, die datenschutzrechtlich besonders stark geschützt sind. „Der Fortschritt ist viel langsamer, als er gemessen an den technischen Möglichkeiten sein könnte“, sagt Professor Horst Hahn vom Fraunhofer Institut für Digitale Medizin (MEVIS).

Digitalisierung und maschinelles Lernen spielt im Gesundheitswesen zwar eine immer größere Rolle. Vor allem im Bereich Diagnostik ist heute schon vieles möglich. Für die Weiterentwicklung der Algorithmen braucht es allerdings Patientendaten. „Die Systeme werden nur besser, wenn ihnen möglichst hochqualitative Daten aus vielen Kliniken zugrunde liegen. Momentan scheitert das häufig am Datenschutz“, erklärt Experte Hahn. Es gebe aber erste Erfolge: „Einige Kliniken konnten große Teile ihrer neu erfassten Patientendaten in eine hausinterne Forschungsdatenbank überführen.“

Das Bundesgesundheitsministerium teilte auf Anfrage mit, es setze sich dafür ein, dass Daten „unter Wahrung des Datenschutzes und ethischer Grundwerte“ zum Beispiel als Trainingsdatensätze für Bereiche des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt werden können. Schwieriger ist es vor allem für Unternehmen, die an Software und Algorithmen für den Gesundheitsbereich arbeiten. Sie betreiben zwar auch Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig wollen sie mit ihrem Produkt aber auch kommerziell erfolgreich sein. Eine Lösung könnte sein, die datenschutzrechtliche Einwilligung zur Weitergabe von Patientendaten zu erweitern. Wer eine solche Einwilligung unterzeichnet, könnte künftig auch gefragt werden, ob er seine Daten für die kommerzielle Forschung und Entwicklung freigibt.

Sollte diese Hürde einmal genommen sein, zeichnen sich aber weitere Probleme ab. Wer haftet in der digitalen Gesundheitswelt für Fehler? „Wir müssen zwischen Software unterscheiden, die weiterlernt, und Software, die nur auf den Datensätzen beruht, die der Hersteller eingespeist hat“, sagt Rechtsanwalt und E-Gesundheitsexperte Roland Wiring. Bei Letzteren sei die rechtliche Lage relativ eindeutig: Hat der Hersteller beim Einspeichern der Daten oder bei der Programmierung zu deren Nutzung Fehler gemacht, kann er dafür auch belangt werden.

Komplizierter wird es, wenn die KI im Betrieb durch neue Daten, die beispielsweise vom Arzt eingespeist werden, dazulernt. „Wenn ich als Hersteller alles richtig gemacht habe, die Software aber Falsches dazu lernt, hafte ich dann?“, fragt Wiring. Hersteller sollten deshalb in ihren Verträgen klar festlegen, wo ihre Verantwortung endet und die des Anwenders beginnt. Komplett eliminieren können die Hersteller ihr Haftungsrisiko aber nicht. „Die gesetzliche Produkthaftung gegenüber Dritten, in diesem Fall Patienten, kann rechtlich nicht beschränkt werden“, betont Wiring.

Er sieht noch eine dritte große Hürde für die Einführung von KI im Gesundheitswesen: „Wenn ich eine solche medizinische Software auf den Markt bringen will, brauche ich eine CE-Zertifizierung.“ Diese Art TÜV für Medizinprodukte werde von speziellen Stellen vergeben. Diese seien momentan aber völlig überlastet. Professor Hahn sieht hier ebenso Probleme: „Spätestens wenn Trainingsdaten in noch größerem Umfang verfügbar sind, werden so viele Hersteller auf den Markt drängen, dass die Zulassung zum Flaschenhals wird.“ ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de

Google Ads

Der Aachener Michael Nobis backt Printen – in vierter Generation. Im Verkauf baut »Nobis Printen« auf das stationäre Geschäft und auf einen modernen Webshop. Viele Kunden finden durch Google Ads dorthin.



»Die Menschen haben eine innere Uhr«, sagt Bäckermeister Michael Nobis.
 »Sobald es kälter wird, steigt die Nachfrage nach Printen sprunghaft an.
 Dann starten wir mit der Google Ads-Kampagne.«

» Onlinemarketing ergibt für jeden Bäcker Sinn, der Kunden über sein Geschäft informieren möchte «

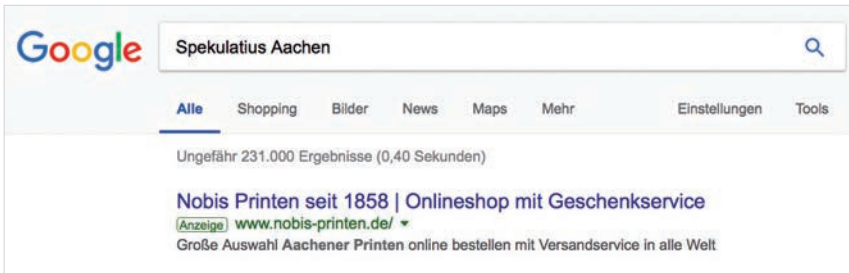
160 JAHRE, WAS FÜR EIN ZEITRAUM: Seit 1858 gibt es in Aachen die Bäckerei Nobis Printen. Der Name sagt bereits, dass es in dem Geschäft von Beginn an neben klassischen Backwaren auch eine Besonderheit zu kaufen gab: Bäckermeister Johannes Michael Nobis nahm bereits im 19. Jahrhundert Zucker aus der Region, Schokolade mit hohem Kakaoanteil und orientalische Gewürze zur Hand, um daraus die berühmten Aachener Printen zu formen. Die Zutaten bürgen noch heute für ein hochwertiges Produkt, sagt Michael Nobis. Er ist der Urenkel des Gründers, führt den Betrieb seit 1993 und ist für das jüngste Wachstum des Unternehmens verantwortlich, zu dem inzwischen nicht

weniger als 40 Bäckereien und Cafés im Raum Aachen zählen. Michael Nobis ist aber auch für den Webshop zuständig, der vor Kurzem erneuert wurde und in dem auch dank Google Ads Bestellungen aus aller Welt eintreffen.

Vor gut zwei Jahren brachte Michael Nobis gemeinsam mit einem Webentwickler die Webseite und auch den vorhandenen Webshop seines Unternehmens auf Vordermann. »Unsere Homepage ist heute gepflegt und wird immer wieder aktualisiert«, sagt Nobis. »Wir beschreiben unsere Produkte und aktualisieren die Seite häufig.« Dieses Engagement zeigt Wirkung. »In Suchmaschinen sind wir schon durch die klassische Suche immer gut zu

finden«, so der Bäckermeister. Wer nach Aachener Printen sucht, stößt bereits auf der ersten Seite der Suchergebnisse auf nobis-printen.de.

Doch Michael Nobis ist neugierig und probiert Neues aus. Zum Beispiel, wie er sein Angebot noch besser vermarkten kann. »Ich lege Wert darauf, mithilfe von Anzeigen ganz oben in der Trefferliste zu erscheinen.« Die Konkurrenz der Printenbäcker mag vergleichsweise überschaubar sein, doch aktiv ist sie allemal. Die Position in der Liste der Onlinesuchergebnisse ist deshalb nicht unerheblich. Michael Nobis nutzt schon seit geraumer Zeit Google Ads: 2003 schaltete er zum ersten Mal Suchmaschinenanzeigen, um potenziellen



Schon seit 2003 macht Nobis Printen im Internet auf das bekannteste Produkt der Bäckerei aufmerksam.

Kunden schneller aufzufallen. »Damals habe ich das noch selbst gemacht«, sagt Nobis und lächelt. Inzwischen kümmert sich ein eigens angestellter Mitarbeiter um das Marketing von Bäckerei und Printen. Jeden Herbst und vor Ostern setzt Nobis Printen ganz besonders intensiv auf eine gute Sichtbarkeit in der Google-Suche – vor den großen Festen des Jahreslaufs beginnen die Menschen, an Printen zu denken. »Außerdem haben die Kunden eine innere Uhr«, erzählt Michael Nobis. »Sobald es kälter wird, steigt die Nachfrage nach Printen sprunghaft an. Dann starten wir auch mit unserer Anzeigenkampagne und werden noch besser sichtbar.«

Nobis Printen taucht übrigens nicht nur im Kontext von Suchen nach »Aachen« und »Printen« auf. Michael Nobis hat im Lauf der Jahre ein Gespür dafür entwickelt, welche Begriffe Menschen auf sein Angebot leiten. Auch Beschreibungen

wie »Spekulatius« oder »Baumkuchen« führen über Suchmaschinenanzeigen in den Webshop von Nobis Printen.

»Im vergangenen Herbst konnten wir unseren Umsatz um 25 Prozent steigern«, resümiert Nobis. »Google Ads sind ein sehr wichtiges Werkzeug, um Kunden auf unsere Webseite und vor allem in den Webshop zu bekommen.«

Der Aachener Bäckermeister versteht das Onlinemarketing nicht nur als Werbung, sondern auch als Hilfestellung für seine potenziellen Käufer. »Das hat mit Service zu tun: Ich will Kunden den Weg auf unsere Seite möglichst leicht machen«, sagt Michael Nobis. Er ist sich sicher, dass Onlinemarketing für alle nützlich ist, die einen Webshop oder ein stationäres Geschäft führen. »Aus meiner Sicht ergibt das für jeden Bäcker Sinn, der Kunden über sein Geschäft informieren möchte.«

25 %
So viel wuchs der Onlineumsatz auf nobis-printen.de durch die jüngste Google Ads-Kampagne.

Von neuen Kunden gefunden werden mit Anzeigen in der Google-Suche

- 1 Starten Sie jetzt unter g.co/durchstarten
- 2 Melden Sie sich bei Google Ads an
- 3 Wählen Sie Ihr Werbeziel aus und starten Sie mit Ihrer ersten Anzeige
- 4 Legen Sie Ihr Budget fest, geben Sie Ihren Gutscheincode ein und erhalten Sie 75 € Werbeguthaben, wenn Sie 25 € investieren *

*Es gelten die Gutscheinbedingungen. Mehr Informationen finden Sie auf dem Gutschein.

*Gutscheinbedingungen: 1. Dieser Gutschein wird Ihnen von der Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland (»Google«) zur Verfügung gestellt. 2. Das Angebot ist beschränkt auf Kunden mit einer Rechnungsadresse in Deutschland. Jeder Google Ads-Kunde darf nur einen Gutschein einlösen. 3. **Aktivierungsprozess:** Der Gutscheincode muss im Google Ads-Konto vor dem 31. Dezember 2019 eingelöst werden. Um an diesem Angebot teilnehmen zu können, müssen Sie den Code innerhalb von 14 Tagen nach der ersten Ad-Impression eingeben, die für Ihr erstes Google Ads-Konto erfolgt ist. 4. **Wie man den Gutschein einlöst:** Nachdem der Gutscheincode eingegeben wurde, müssen Sie in diesem Google Ads-Konto Kosten abzüglich Steuern in Höhe von 25 € innerhalb von 30 Tagen generieren. Eine bloße Einzahlung des jeweiligen Betrages ist nicht ausreichend, um den Gutscheincode einzulösen. Die Kosten, die für die Aktivierung des Gutscheincodes benötigt werden, werden ab dem Eingabedatum des Gutscheincodes berechnet. 5. Sobald Sie die Punkte 3 und 4 abgeschlossen haben, wird Ihnen die Gutschrift automatisch innerhalb von fünf Werktagen in Ihrem Abrechnungsverlauf gutgeschrieben. 6. Gutscheincodes beziehen sich lediglich auf zukünftige Werbekosten. Kosten, die vor der Gutscheincodeeingabe entstanden sind, fließen nicht in die Verrechnung des Gutscheincodes ein. 7. Nachdem Sie Ihre Gutschrift aufgebraucht haben, werden Sie keine gesonderte Benachrichtigung von Google Ads erhalten, zusätzliche Werbekosten werden von Ihrem Zahlungsmittel abgebucht. Wenn Sie nach dem Aufbrauch der Gutschrift keine Google Ads-Anzeigen schalten möchten, können Sie Ihre Kampagnen zu jeder Zeit pausieren oder löschen. 8. Um Gutscheincodes verwenden zu können, müssen Sie einen einwandfreien Abrechnungsverlauf vorweisen können und aktuelle Abbuchungsinformationen in Ihrem Google Ads-Konto hinterlegt haben. 9. Durch die Nutzung des Gutscheincodes erkennen Sie diese Gutscheinbedingungen und die ergänzenden Gutscheinbedingungen an unter: <http://www.google.de/intl/de/ads/coupons/terms.html>



Rufen Sie uns an: 0800 6270 909
(Mo. – Fr. 9:00 – 18:00 Uhr).

Wir unterstützen Sie kostenlos **

** Kostenlose telefonische Starthilfe (Mo. – Fr. 9:00 – 18:00 Uhr) für Kunden, die 10 € pro Tag oder mehr ausgeben möchten. Die Dauer der Betreuung richtet sich nach Ihrem Werbebudget.

BLACKOUT-GEFAHR

Wie sicher ist unsere Stromversorgung?

Das deutsche Stromnetz gilt als eines der sichersten der Welt. Trotzdem war das Risiko für einen großflächigen Stromausfall an mehreren Tagen im Sommer hoch. Experten warnen: Ein Blackout ist wahrscheinlicher als bislang angenommen. Vor allem, wenn die Verkehrswende zugunsten der Elektromobilität voll durchschlägt.

Kein Licht, keine Ampeln, feststeckende Aufzüge und Bahnen. Wie sich ein Blackout anfühlt, bekamen im Sommer die Bewohner Argentiniens, Uruguays und in Teilen Paraguays zu spüren. Einen Tag lang mussten rund 47 Millionen Menschen dort ohne Strom auskommen. Nach der Ursache wird noch immer gesucht. In Deutschland treten Stromausfälle allenfalls lokal auf. So zum Beispiel im April in Berlin-Köpenick, als rund 30.000 Haushalte mehr als 24 Stunden ohne Strom waren. Grund war eine bei Bauarbeiten beschädigte Stromleitung.

„Lage war sehr angespannt“

Im Juni dieses Jahres ist es im deutschen Stromnetz jedoch zu mehreren kritischen Situationen gekommen, die auch die gesamte Stromversorgung infrage stellten. Am 6., 12. und 25. Juni wurde teils deutlich weniger Elektrizität eingespeist, als gerade benötigt worden wäre. „Die Lage war sehr angespannt und konnte nur mit Unterstützung der europäischen Partner gemeistert werden“, teilten kurz darauf die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet, 50Hertz und TransnetBW in einer gemeinsamen Erklärung mit. An diesen Tagen habe die zu geringe Stromeinspeisung in das deutsche Netz „jeweils zu einem Absinken der Netzfrequenz im gesamten europäischen Verbundnetz geführt.“ Im Klartext: Die Betreiber haben das deutsche Netz nur mit Hilfe aus dem Ausland stabil halten können. Im Schnitt lag der Regelbedarf an den drei kritischen Tagen bei sechs Gigawatt. Das entspricht in etwa der Leistung von sechs großen Kernkraftwerken. Vertraglich vereinbart ist ein Puffer von drei Gigawatt. Dass solche Schwankungen ausgeglichen werden, ist für die Versorgungsstabilität eigentlich unerlässlich.

Fabriken schalten Strom ab

In Deutschland wacht die Bundesnetzagentur als oberste Bundesbehörde darüber, dass die Stromversorgung gesichert bleibt: Auf Nachfrage des Mittelstandsmagazins gesteht Anette Fröhlich, Leiterin des Berlin-Büros der Bundesnetzagentur ein, die Abweichungen seien „in systemgefährdender Größenordnung“ eingetreten. „Die Gefahr eines Blackouts, wie teilweise von der Presse beschworen, bestand aber nicht“, sagt Fröhlich. Die aufgetretenen Unterdeckungen seien „erkennbar“ gewesen. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen konnten so rechtzeitig ergriffen werden.

Um das Ungleichgewicht zwischen Verbrauch und Erzeugung zu schließen, waren die Netzbetreiber auf zusätzliche Kapazitäten angewiesen. Neben Lieferungen aus dem Ausland wurde zusätzlicher Strom an der Leipziger Börse beschafft. Auch auf Angebote von Unternehmen, ihren Stromverbrauch gegen Bezahlung abzuschalten, wurde zurückgegriffen. In Essen und Voerde etwa nahm der Alu-

miniumhersteller Trimet seine Aluhütten kurzzeitig vom Netz. Die Kosten für die Notmaßnahmen landeten über die Netzentgelte bei den Stromkunden.

Spekulanten im Verdacht

Über die Ursachen der systemgefährdenden Schwankungen herrscht noch Unklarheit. Einige Marktteilnehmer vermuten hinter den Engpässen das Werk von Spekulanten. Next Kraftwerke, ein Direktvermarkter erneuerbarer Energien, äußerte etwa den Verdacht, dass Händler Versorgungslücken im Regenergiemarkt zunächst bewusst nicht ausgeglichen hätten, um später höhere Gewinne einzustreichen. Diese Vermutung äußert auch Netzagentur-Sprecherin Fröhlich. Auffällig seien die hohen Intradaypreise (kurzfristige Preise), die sich unter anderem aus den zum Ausgleich des Systemgleichgewichts nötigen Zukäufen an der Börse ergaben. „Diese führten offenbar dazu, dass einige Marktakteure ihre Bilanzkreise nicht mehr ausglich, sondern darauf spekulierten, mit der Zahlung von Ausgleichsenergie preiswerter davonzukommen.“ Daher überprüfe die Bundesnetzagentur derzeit die sogenannten Bilanzkreisverantwortlichen, also Stromlieferanten und -händler, „mit der Konsequenz möglicher Sanktionen“ durch die Netzbetreiber. Zudem gehe die Behörde dem Verdacht möglicher Marktmanipulationen nach, so Fröhlich.

Grüner Strom ist volatil

Auf ein weiteres Problem weist Professor Sigismund Kobe vom Institut für theoretische Physik der Technischen Universität Dresden hin. Regenergie müsse für Störfälle vorgehalten werden. „Aber schon heute wird diese dazu benutzt, die witterungsbedingten Schwankungen fluktuierender Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom ‚auszubalancieren‘. Das ist eine gefährliche Entwicklung“, warnt Kobe. Er blickt mit Sorge auf das Ziel der Bundesregierung, den Anteil erneuerbarer Energien von heute rund 46 Prozent bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern. „Dies wäre gleichbedeutend mit etwa einer Verdopplung fluktuierender Einspeisung.“ Kobes Berechnungen zufolge müsste an einem Tag wie dem 25. Juni 2019 dann „entweder doppelt so schnell reagiert werden oder die doppelte Menge an Regenergie vorgehalten werden“.

Hoher volkswirtschaftlicher Schaden durch negative Börsenpreise

Irrsinn der Energiewende: Wenn Windräder oder Solaranlagen mehr Energie produzieren, als gerade benötigt wird, stürzen die Strompreise ins Negative. Der volkswirtschaftliche Schaden wächst.

| Jahr | Anzahl Stunden negativer Börsenwert | Einspeisung (On- und Offshore + Solar) | EEG-Wert (On- und Offshore + Solar) | Börsenwert (On- und Offshore + Solar) | volkswirtschaftl. Verlust |
|--------------|-------------------------------------|--|-------------------------------------|---------------------------------------|---------------------------|
| 2011 | 15 | 243,4 GWh | 26,3 Mio € | -23,9 Mio € | -50,2 Mio € |
| 2012 | 56 | 939,2 GWh | 99,6 Mio € | -516,3 Mio € | -615,9 Mio € |
| 2013 | 63 | 1.378,6 GWh | 211,8 Mio € | -215,7 Mio € | -427,5 Mio € |
| 2014 | 64 | 1.655,1 GWh | 213,3 Mio € | -282,2 Mio € | -495,5 Mio € |
| 2015 | 126 | 3.235,6 GWh | 397,8 Mio € | -307,9 Mio € | -705,7 Mio € |
| 2016 | 97 | 3.054,6 GWh | 420,4 Mio € | -580,1 Mio € | -1.000,5 Mio € |
| 2017 | 146 | 4.764,4 GWh | 623,3 Mio € | -1.313,8 Mio € | -1.937,1 Mio € |
| 2018 | 133 | 4.776,9 GWh | 589,0 Mio € | -689,8 Mio € | -1.278,8 Mio € |
| bis Sep 2019 | 190 | 6.952,7 GWh | 969,5 Mio € | -1.471,8 Mio € | -2.441,3 Mio € |

Quelle: Rolf Schuster/TU Dresden

Die hohe Volatilität führt auch in entgegengesetzter Richtung zu Problemen. Denn an vier anderen Tagen im Juni und auch am 10. und 11. August war der Anteil von Wind- und vor allem Sonnenstrom am Strommix so hoch, dass der Strompreis an der Börse negative Werte annahm. An diesen Tagen mussten Stromversorger über viele Stunden Strom mit „negativen Preisen“, also gegen Aufpreis, ins Ausland exportieren. Die Abnehmer bekamen den Strom umsonst und zusätzlich noch eine „Entsorgungsgebühr“. Kobe: „Diese wird aus dem EEG-Topf genommen, in den die deutschen Stromkunden einzahlen und der eigentlich dazu dienen sollte, mit dem Ausbau erneuerbarer Energien das Klima zu schützen.“

Kobes sagt, er habe versucht, eine offizielle Erklärung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

(BMWi) für die Unregelmäßigkeiten zu erhalten. Dabei habe er den Eindruck gewonnen, „dass versucht wird, das Problem der Volatilität als eine mögliche Ursache von vorn herein auszuschließen“. Die Herausforderungen für die Sicherung der Netzstabilität würden jedoch immer größer. Kobe: „Mit dem weiteren Zubau fluktuierender Energiequellen kommt es immer öfter zu spontanen und größer werdenden Änderungen der Einspeisungen.“

Netzausbau beschleunigen

Damit wächst die Abhängigkeit vom Ausland, warnt auch Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. „Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass wir künftig in bestimmten Zeiten hoher Stromnachfrage immer Strom aus anderen EU-Ländern importieren können: Fast überall in Europa sollen gesicherte Stromerzeugungskapazitäten vom Netz genommen werden“, mahnt Kapferer, der zum 31. Oktober zum Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz wechselt. Er betont die Wichtigkeit von Gas als verlässlichem Energielieferanten, etwa im Winter, wenn es nicht ausreichend Sonnenstunden gibt. „Außerdem müssen sich die Bedingungen für Energiespeicher und Kraft-Wärme-Kopplung verbessern sowie alle Optionen zur Nachfrageflexibilisierung ergriffen werden. Der Netzausbau muss deutlich beschleunigt werden“, so Kapferer.

Vor der Sommerpause verabschiedete der Bundestags-Wirtschaftsausschuss unter dem Vorsitz des stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden Matthias Heider ein „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“ (NabeG). Denn von vorgesehenen 7.700 Kilometern neuzubauenden Energieleitungen waren im April erst 1.800 Kilometer genehmigt und 950 Kilometer gebaut. „Durch die fehlenden Leitun-



gen kann der in den Küstenregionen produzierte Strom aus Windenergie nicht stabil in die wirtschaftsstarken Regionen wie dem Sauerland oder nach Baden-Württemberg und Bayern transportiert werden“, sagt Heider. Mit dem NabeG würden nun Genehmigungsverfahren beschleunigt, Planungsprozesse vereinfacht und Grundstückseigentümer besser entschädigt. „Wir beschleunigen die Energiewende damit und sorgen für eine höhere Effizienz der Netze. Davon profitieren alle Stromkunden und die Kosten werden mittelfristig eingefangen.“

Kollaps durch E-Autos?

Wie wichtig der Ausbau der Stromnetze ist, verdeutlicht eine Prognose der Technischen Universität München und der Unternehmensberatung Oliver Wyman. So soll im Jahr 2035 – unter den derzeitigen regulatorischen Rahmenbedingungen – mehr als jedes dritte Auto auf den deutschen Straßen elektrisch angetrieben sein. Davon ist Deutschland derzeit zwar weit entfernt. Doch sollte die Verkehrswende voll durchschlagen, „entstehen massive Herausforderungen für die Stromversorgung“, so die Autoren. Denn für diese Menge an E-Autos sei die Niederspannungsebene im deutschen Stromnetz nicht ausgelegt. Das Problem bei Millionen E-Autos liegt also weniger am zusätzlichen

Strombedarf, sondern vielmehr an den Ladespitzen. Heißt: Wenn zu viele gleichzeitig um 20 Uhr ihr Auto mit Strom aufladen, kommt es zum Kollaps. Erhebungen der Nationalen Plattform Elektromobilität zeigen nämlich, dass E-Autos zu 80 Prozent zu Hause oder am Arbeitsplatz geladen werden. Die Folge: Bereits ab einer E-Auto-Quote von 30 Prozent könne es zu flächendeckenden Stromausfällen kommen. Notwendig sind laut Oliver Wyman bis zu elf Milliarden Euro für den Netzausbau.

MIT-Mitglied Hildegard Müller, Vorstand für Netz und Infrastruktur beim Energieriesen Innogy, rückt deshalb den „Umbau zum intelligenten Stromnetz“ in den Fokus. „Wir müssen in der Lage sein, die Stromflüsse intelligent zu steuern“, sagt Müller. Studien würden zeigen, dass die Anzahl der möglichen Ladevorgänge in einem Netz so verzehnfacht werden könne. „Dadurch reduzieren wir die Notwendigkeit für klassischen Netzausbau und halten im Interesse der Verbraucher die Kosten so gering wie möglich. Auch volkswirtschaftlich ist das die effizienteste Lösung.“ ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

wachsen MIT DER IBB

Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

 **Investitionsbank
Berlin**

KLIMASCHUTZPROGRAMM UND KLIMASCHUTZGESETZ

Licht und Schatten im Klimapaket

Die Bundesregierung hat im Oktober ein Klimaschutzgesetz und ein „Klimaschutzprogramm 2030“ auf den Weg gebracht. Damit werden erstmals verbindliche Klimaschutzziele zur CO₂-Reduktion bis 2030 festgelegt. Was jetzt auf Bürger und Unternehmen zukommt, und wie Ökonomen das Paket bewerten.

Klimaschutzgesetz

Im Klimaschutzgesetz hat die Bundesregierung ein nationales Klimaschutzziel verankert: Bis 2030 will sie den Treibhausgasausstoß um mindestens 55 Prozent verringern. Dafür werden im Gesetz jährliche CO₂-Minderungsziele und Emissionsmengen für sechs Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft sowie Abfallwirtschaft/Sonstiges) festgelegt. Für die Einhaltung steht das jeweils zuständige Bundesministerium in der Pflicht. Langfristig verfolgt die Regierung das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050.

Die CO₂-Minderungen können auch sektorenübergreifend erbracht wer-

den, wenn ein Sektor das Einsparziel verfehlt. Die Tauschmöglichkeit wird aber auf die Bereiche Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft beschränkt. Im Jahr 2025 muss die Regierung für weitere Zeiträume nach 2030 jährlich absinkende Emissionsmengen festlegen.

Klimaschutzprogramm

Die konkreten Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes stehen im Klimaschutzprogramm 2030. Als zentrales Element soll CO₂ einen Preis bekommen, damit Benzin und Diesel, Heizöl und Erdgas teurer werden. Im Gegenzug soll eine Reihe von Entlastungen und Anreizen kommen. Die Maßnahmen im Einzelnen:

CO₂-Preis

Ein CO₂-Preis in den Bereichen Verkehr und Wärme soll klimafreundlichen Antrieben und Heizungen einen Schub geben. Die CO₂-Bepreisung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas soll 2021 mit einem Festpreis für Verschmutzungsrechte (Zertifikate) von zehn Euro pro Tonne CO₂ starten. Bis 2025 soll der Preis schrittweise auf 35 Euro steigen. Erst danach soll der Preis der Zertifikate sich über einen Handel bilden und innerhalb eines Korridors von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Mit diesen Verschmutzungsrechten müssen nicht die Endkunden handeln, sondern Unternehmen, die fossile Heiz- und Kraftstoffe in Verkehr bringen oder liefern. Sie bewirken aber, dass es an der Tankstelle und beim Heizen teurer wird.

Die Preise von Heizöl, Sprit und Erdgas hängen von vielen Faktoren ab, der CO₂-Preis soll ein Bestandteil des Endpreises werden. Experten gehen davon aus, dass ein CO₂-Preis von 35 Euro pro Tonne zum Beispiel Diesel beim Tanken um mehr als neun Cent verteuert. Für das erste Jahr des Handels mit Zertifikaten – also 2026 – soll eine Preis-Untergrenze von 35 Euro pro Tonne festgelegt werden und eine Obergrenze von 60 Euro. Das soll verhindern, dass es für die Verbraucher zu teuer wird.

Klimaschutzprogramm 2030: Was die Bundesregierung plant

Zusatzausgaben/Mindereinnahmen in Millionen Euro

| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Nicht näher benannte Einzelmaßnahmen | 1.516 | 1.698 | 1.732 | 2.164 |
| Gebäudesanierung | 0 | 152 | 303 | 455 |
| Pendlerpauschale | 0 | 20 | 169 | 212 |
| E-Mobilitätsförderung | 33 | 69 | 101 | 123 |
| E-Dienstwagen | 11 | 27 | 42 | 60 |
| Wohngeld | 0 | 60 | 60 | 60 |
| Mindereinnahmen durch Senkung der EEG-Umlage | 0 | 900 | 1.750 | 2.200 |
| Mindereinnahmen durch niedrigere Mehrwertsteuer auf Bahntickets | 224 | 269 | 275 | 280 |
| Insgesamt | 1.784 | 3.195 | 4.432 | 5.554 |

Verkehr

Im Gegenzug zu den Mehreinnahmen soll unter anderem die Pendlerpauschale steigen. Ab 20 Kilometer sollen pro Entfernungskilometer 35 statt 30 Cent von der Steuer abgesetzt werden können. Die Koalition will zudem Bahnfahrten billiger und Flüge teurer machen. So soll die Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fernverkehr von derzeit 19 auf 7 Prozent sinken. Die finanziell angeschlagene Deutsche Bahn erhält über das Eigenkapital jährlich bis 2030 einen Zuschuss von einer Milliarde Euro.

Im Gegenzug soll die Luftverkehrsteuer für Starts von deutschen Flughäfen zum 1. Januar 2020 angehoben werden. Um die schwache Nachfrage nach Elektro-Autos zu erhöhen, soll die von Bund und Herstellern getragene Kaufprämie erhöht werden – für Autos mit einem Preis von unter 40 000 Euro. Die Kfz-Steuer soll stärker als bisher an den CO₂-Emissionen ausgerichtet werden.

Heizen

Wer eine alte Ölheizung gegen ein klimafreundlicheres Modell auswechselt, soll mit einer „Austauschprämie“ von bis zu 40 Prozent der Kosten gefördert werden. Der Einbau neuer Ölheizungen soll ab 2026 verboten sein. Für die energiesparende Gebäudesanierung – auch für Teilsanierung wie ein neues Dach oder neue Fenster – ist eine steuerliche Förderung ab 2020 geplant.

Öko-Strom

Im Gegenzug zu den Belastungen von Sprit und Heizöl soll die EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms gesenkt werden. 2021 und 2022 soll sie um 0,25 Cent pro Kilowattstunde fallen, 2023 dann um 0,625 Cent. Die Umlage beträgt derzeit 6,4 Cent pro Kilowattstunde und macht gut ein Fünftel des Strompreises aus. Hilfen soll es für ärmere Haushalte etwa über das Wohngeld geben.

Der Ausbau des Ökostroms soll beschleunigt werden. Die bestehende

Begrenzung einer Ausbauförderung wird aufgehoben. Der Ausbau der Windenergie auf hoher See soll um fünf Gigawatt auf mindestens 20 Gigawatt bis 2030 ausgebaut werden. Generell sollen Windräder nur noch im Abstand von 1000 Metern von Siedlungen entfernt gebaut werden dürfen. Länder können aber auch niedrigere Abstände erlauben. Kommunen sollen künftig eine finanzielle Beteiligung an den Erlösen der Windparks bekommen.

Was taugt das Paket?

Die genauen Auswirkungen für die Geldbeutel der Bürger lassen sich bei vielen Punkten noch nicht beziffern. Zusammengefasst dürfte aber gelten: Autofahren, Fliegen und Heizen mit Öl wird teurer. Bahnfahrten dagegen wird billiger, sinken dürften auch die Strompreise und die Belastungen für Pendler. Ob die Bürger aber in Summe für klimafreundliches Verhalten belohnt werden, hängt von vielen Faktoren ab und bleibt daher fraglich.

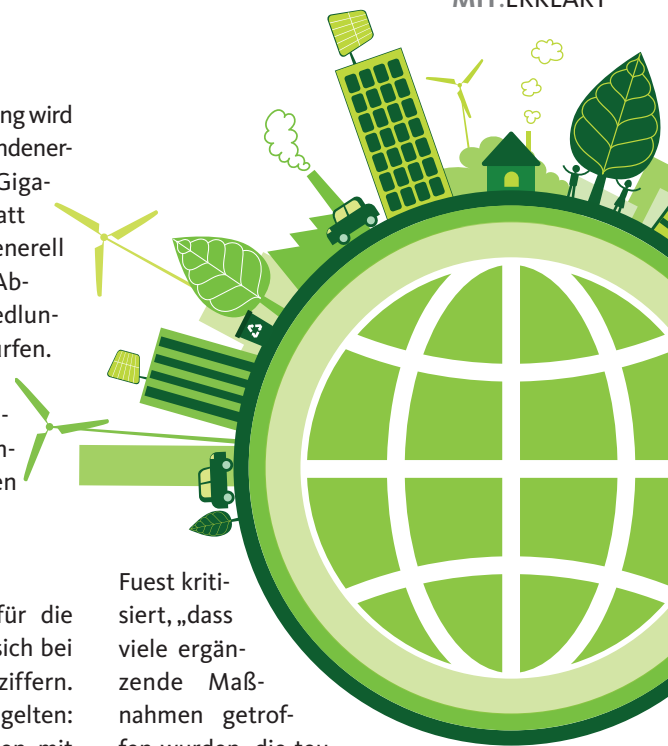
Für die MIT kann der geplante Einstieg in einen Zertifikatehandel als Erfolg gewertet werden. Die MIT hatte sich über Monate hinweg für eine Ausweitung des EU-Emissionshandels eingesetzt. Ein in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten konnte die Zulässigkeit belegen. „Der Emissionshandel ist das effizienteste System für Klimaschutz, und wir sollten es schlechteren Vorschlägen wie einer CO₂-Steuer und weiteren Verboten vorziehen“, sagte MIT-Chef Carsten Linnemann, der als Fraktionsvize an den Klimaverhandlungen beteiligt war.

Wie die MIT begrüßt jedoch auch das Ifo-Institut, dass die CO₂-Bepreisung im Mittelpunkt des Pakets steht und dass Verkehr und die Gebäude einbezogen werden. „Aber wenn der Preis für die Zertifikate tatsächlich bis 2025 festgelegt wird, wäre dies eine Mogelpackung. Da die CO₂-Menge nicht beschränkt wird, geht der eigentliche Vorteil eines Emissionshandelsystems verloren“, sagt Ifo-Expertin Karen Pittel. Ifo-Präsident Clemens

Fuest kritisiert, „dass viele ergänzende Maßnahmen getroffen wurden, die teuer sind und die Effizienzwirkungen des CO₂-Zertifikatehandels beeinträchtigen können.“

Für den Chef der „Wirtschaftswissenschaften“, Christoph Schmidt, bleibt das Paket „insgesamt deutlich hinter den Erwartungen zurück“. Es taste sich zu zaghaft an eine übergreifende CO₂-Bepreisung heran. „Statt auf Verbote, wie beispielsweise den von Ölheizungen, hätte die Politik mehr auf die Lenkungswirkung eines CO₂-Preises setzen sollen.“ Ein Kritikpunkt für viele Ökonomen bleibt zudem die starre Festlegung auf gesetzlich fixierte Sektorziele.

Thomas Puls vom Institut der deutschen Wirtschaft bemängelt, dass die Förderung von Alternativen zum konventionellen Antrieb nicht technologieoffen sei. Ebenfalls „ziemlich unangegoren“ seien die Pläne für alternative Kraftstoffe: „Obwohl Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe eine wichtige Rolle für das Erreichen der Klimaziele spielen, fördert der Staat ihre Entwicklung nicht“, so Puls. Unter dem Strich bleibe das Klimapaket daher eine „Gleichung mit vielen Unbekannten“.



PRO & CONTRA

Sollten Investitionen Vorrang vor der schwarzen Null haben?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Zukunftsinvestitionen möglich machen



Olav Gutting (49) ist seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen. Er ist Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags und Beisitzer im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Vor zehn Jahren wurde die Schuldenbremse in das Grundgesetz aufgenommen. Diese Entscheidung sollte dafür sorgen, dass die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern ohne oder mit sehr geringem strukturellem Defizit finanziert sind. Das war damals richtig und ein erfolgreicher Versuch, einer Lastenverschiebung in die Zukunft entgegenzuwirken. Zudem erhöht die Rückführung der gesamtstaatlichen Schuldenstandquote und die sinkende „Zins-Steuer-Quote“ die Widerstandsfähigkeit gegenüber Konjunkturreinbrüchen und externen Schocks.

Die „schwarze Null“ stand immer für einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt, bei dem die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen. Sie galt lange als Beleg für eine solide und kluge Finanzpolitik. Aber gilt das in Zeiten, in denen Anleger dem deutschen Staat Geld dafür schenken, dass er sich bei ihnen verschuldet? Ist der Staat nicht töricht, dieses Geld nicht anzunehmen, weil er damit gegen diese Philosophie verstoßen würde? Ich meine: ja, aber!

Stabile Finanzen sind ein Markenkern der Union. Aber die schwarze Null stellt auch kein Gütesiegel dar, da

sie die Bundesregierung nicht davon abgehalten hat, teure Wahlgeschenke zu machen, die erst in der Zukunft voll zum Tragen kommen. Die schwarze Null sagt nichts darüber aus, ob die Struktur des Haushaltes richtig und zukunftsträchtig ist.

Wir sollten die schwarze Null deshalb nicht überhöhen. Selbstverständlich muss die Schuldenbremse eingehalten werden, aber wir sollten sie weiterentwickeln und damit zusätzliche Investitionen in die Zukunft ermöglichen. Es gilt, die Spielräume zu nutzen, die uns die Schuldenbremse eröffnet!

Voraussetzung ist aber, dass wir die Genehmigungsverfahren endlich beschleunigen und vereinfachen, damit zur Verfügung stehende Investitionsmittel zügig abgerufen und Projekte sinnvoll und zeitnah umgesetzt werden können.

Gerade jetzt, wenn wir kurzfristig die Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 umsetzen sollen und sich die Konjunktur deutlich abkühlt, gilt es zu klotzen und nicht zu kleckern. Aber nochmals: nur für Investitionen in die Zukunft! Diese sollten Vorrang vor sklavischer Einhaltung der schwarzen Null haben. ●

PRO

„Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“, heißt es in Artikel 109 des Grundgesetzes. Allerdings darf die Verschuldung in Krisenzeiten höher ausfallen. Vor dem Hintergrund einer drohenden Rezension erwägt die Bundesregierung nun, die „schwarze Null“ auszusetzen. Sollten neue Schulden zugunsten von Investitionen aufgenommen werden können?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Verschuldung wäre falsches Signal

Die schwarze Null ist kein bloßes Mantra, sondern Ausdruck von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Finanzplanung. Aus der Erfahrung vieler Jahrzehnte wurde deshalb eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Dafür gibt es gute Gründe:

Erstens: Jeder Cent, der zur Verschuldung beiträgt, engt den Spielraum künftiger Generationen ein. Allein durch den Schuldendienst der öffentlichen Haushalte steht weniger für künftige Vorhaben zur Verfügung. Darüber dürfen auch die niedrigen Zinsen nicht hinwegtäuschen. Insofern sollte es unser Ziel sein, auch weiterhin ohne Neuverschuldung zu arbeiten.

Zweitens: Welches Signal senden wir in andere europäische Länder, wenn das wirtschaftlich stärkste Land mit einem Höchststand an Steuereinnahmen sich erneut verschuldet? Seit Jahren treibt uns in der Euro-Zone doch die Sorge beim Thema Schulden um. Dabei waren wir es, die Anfang der 2000er Jahre erstmals die Maastricht-Kriterien „eingerissen“ haben. Erst in diesem Jahr halten wir auch bei uns die Kriterien wieder ein, nach 17 Jahren.

Drittens: Wir haben kein Investitions-, sondern ein Umsetzungsproblem. Über 15 Milliarden Euro liegen beim Bund abrufbereit. Bürokratie, Planungsschwierigkeiten oder mangelnde Baukapazitäten verhindern oft die Nutzung dieser Gelder. Wenn schon, dann ist hier vorrangig nach Lösungen zu suchen, denn auch für 2020 sind auf Seiten des Bundes erneut Investitionen in Rekordhöhe bei einem gleichzeitig ausgeglichenen Haushalt vorgesehen. Beides steht also in keinem Widerspruch – im Gegenteil: Das eine ermöglicht erst das andere.

Viertens: Wir stehen aller Voraussicht nach vor einer Eintrübung der Konjunktur. Unabhängig davon wissen wir bereits jetzt um einen geringeren Anstieg bei den Steuereinnahmen des Bundes und strukturelle Risiken in der Finanzplanung. Umso mehr ist einer Ausgabenexpansion und einer damit verbundenen neuen Schuldenspirale klar entgegenzutreten.

Am Ende gilt: Wirtschaftliche Vernunft und Sozialleistungen für diejenigen, die ihrer bedürfen, sind die Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Nur wenn sie im Einklang stehen, kann auch für künftige Generationen der finanzielle Spielraum gewährleistet werden. ●

CONTRA

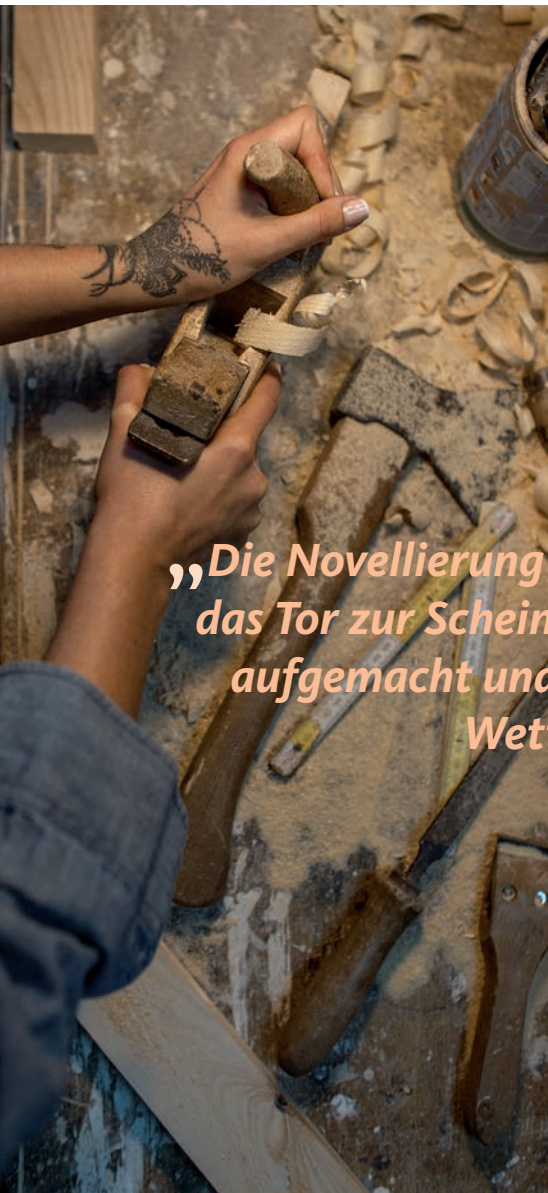


Patricia Lips (55) ist stellvertretende MIT-Bundvorsitzende und seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags (Wahlkreis Odenwald). Sie ist Mitglied im Haushaltsausschuss und Vorsitzende des Bundesfinanzierungsgremiums zur Überwachung der Verschuldung.

HANDWERK

Mehr Meister braucht das Land

Die Meisterpflicht wurde 2004 in 53 Berufen abgeschafft. Häufig waren jedoch Schwarzarbeit, Lohndumping und unbesetzte Lehrstellen die Folge. Die MIT hat jahrelang für eine Wiedereinführung der Meisterpflicht gekämpft. Nun sollen vom nächsten Jahr an zwölf Gewerke wieder meisterpflichtig werden.



„Die Novellierung der Meisterpflicht hat das Tor zur Scheinselbstständigkeit weit aufgemacht und ist eine unzumutbare Wettbewerbsverzerrung“

ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa

Seit die Meisterpflicht 2004 abgeschafft wurde, erlebten viele Berufszweige einen regelrechten Gründungsboom. Laut Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) ist

Die MIT kämpft für weniger Bürokratie und die Abschaffung von Regularien, vor allem wenn mittelständische Betriebe davon unverhältnismäßig belastet werden. Die Wiedereinführung der Meisterpflicht passt demnach eigentlich nicht in das ordnungspolitische Verständnis der MIT. Trotzdem macht sich die Vereinigung, allen voran Bundesvorsitzender Carsten Linnemann, seit Jahren dafür stark, die Meisterpflicht in einigen Berufen wieder einzuführen. Woran liegt das?

die Zahl der eingetragenen Betriebe in den deregulierten Handwerksbereichen zwischen 2003 und 2018 von rund 75.000 auf etwa 250.000 angestiegen.

Kleinstbetriebe haben eine kurze Lebensdauer

Allerdings hat auch die Fluktuation der Betriebe zugenommen. Laut Monopolkommission der Bundesregierung scheiden 54 Prozent der Firmen innerhalb von fünf Jahren wieder aus dem Markt aus. In den regulierten Handwerksbereichen sind es nur 30 Prozent.

MIT-Mitglied Felix Pakleppa ist der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des deutschen Baugewerbes (ZDB). Für ihn ist die hohe Fluktuation ein Teil des Problems. Aber auch die Qualität habe gelitten: „Mangelhaft ausgeführte Bauleistungen haben seit 2004 massiv zugenommen.“ Umfragen unter Sachverständigen zufolge würde nur jeder fünfte Betrieb ohne Meister- oder Gesellenqualifikation eine mängelfreie Bauausführung liefern. „Dagegen arbeiten 90 Prozent der Betriebe mit Qualifikation mängelfrei“, sagt Pakleppa. Zudem würden

Baumängel oft erst nach einigen Jahren auffallen. „Durch die enorme Fluktuation im deregulierten Handwerksbereich ist es fraglich, ob der jeweilige Betrieb überhaupt noch besteht und ob Ersatz- und Erstattungsansprüche geltend gemacht werden können“, kritisiert Pakleppa. Gerade für private Bauherren sei dies problematisch, da sie nur ein- oder höchstens zweimal im Leben bauen und dabei hohe finanzielle Risiken eingehen würden. Wenn Betriebe vor Ablauf der fünfjährigen Baugewährleistung vom Markt verschwinden, können die betroffenen Kunden häufig nicht mal Nachbesserungen durchsetzen.

Meistertitel gegen den Fachkräftemangel

Im Handwerk ist, trotz Abschaffung der Meisterpflicht, nur ein Meister ausbildungsberechtigt. Die Abschaffung der Meisterpflicht hatte zwar eine rasante Zunahme der Betriebe zur Folge. Zwischen 2002 und 2017 stieg laut ZDB beispielsweise die Anzahl der Fliesenlegerbetriebe von 12.000 auf 70.000. Im gleichen Zeitraum hat sich aber die Zahl der Azubis von etwa 4.500 auf 2.400 fast halbiert. Laut Felix Pakleppa zahlt sich „die Investition in die Ausbildung nicht aus, wenn der ausgebildete Lehrling mit hoher Wahrscheinlichkeit den Betrieb ver-

lässt, um sich am Markt selbstständig zu machen.“

Durch die Abschaffung der Meisterpflicht wurden Ausbildungen im Handwerk insgesamt unattraktiver. Zwar hatte die Reform 2004 den erwünschten Erfolg – es entstanden mehr Betriebe und der Wettbewerb nahm zu. Durch die fehlende Regulierung nahmen aber auch Schwarzarbeit und damit Lohndumping zu. Felix Pakleppa beschreibt es scherzhaft so: „Wenn Sie heute feststellen, dass Ihnen ihr momentaner Beruf keinen Spaß mehr macht, können sie sofort als Fliesenleger anfangen. Dazu brauchen Sie keinerlei Qualifikation, und die Anmeldung kostet 27 Euro.“ Die Novellierung der Meisterpflicht habe das Tor zur Scheinselbstständigkeit weit aufgemacht und sei eine unzumutbare Wettbewerbsverzerrung.

Eine Folge der Abschaffung ist, dass viele Handwerker aus Osteuropa nach Deutschland kommen und sich als Fliesenleger registrieren. Auf den Baustellen übernehmen sie dann aber auch Aufgaben, für die sie keine Genehmigung haben. Zwar kontrolliert der Zoll auf deutschen Baustellen Schwarzarbeit. Felix Pakleppa ist aber der Ansicht, dass diese Kontrollen zu leicht umgangen werden können: „Viele Schwarzarbeiter schnallen sich einfach den unter Fliesenlegern typischen Knieschutz um, auch wenn sie gerade ein Dach decken.“ So „verifizieren“ sie ihre Tätigkeit und erschweren es dem Zoll, Schwarzarbeit nachzuweisen.

Einigkeit in der Großen Koalition

Die Wiedereinführung der Meisterpflicht wurde bereits auf dem CDU-Parteitag 2016 auf Antrag der MIT beschlossen und dann ins CDU-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen. Im Koalitionsvertrag verständigten sich Union und SPD daraufhin, zu prüfen, wie der Meisterbrief für einzelne Berufsbilder EU-konform wieder eingeführt werden kann.

In diesen Berufen soll es wieder eine Meisterpflicht geben:

- Fliesen-, Platten- und Mosaikleger
- Betonstein- und Terrazzohersteller
- Estrichleger
- Behälter- und Apparatebauer
- Parkettleger
- Rollladen- und Sonnenschutztechniker
- Drechsler und Holzspielzeugmacher
- Böttcher
- Glasveredler
- Schilder- und Lichtreklamehersteller
- Raumausstatter
- Orgel- und Harmoniumbauer



In seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kämpfte MIT-Chef Carsten Linnemann seitdem für die Wiedereinführung der Meisterpflicht. „Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft liefert“, sagte Linnemann in einer gemeinsamen Erklärung mit SPD-Kollege Sören Bartol.

Nun soll die Meisterpflicht ab 1. Januar 2020 für insgesamt zwölf Gewerke (siehe Kasten S. 27) wieder gelten. Linnemann und Bartol hatten sich in Absprache mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auf die betroffenen Berufsfelder geeinigt. Fünf Jahre später soll überprüft werden, ob die Maßnahmen den gewünschten Erfolg haben.

Meisterpflicht nur bei bestimmten Voraussetzungen

Als ordnungspolitisches Gegenargument wird häufig genannt, es solle doch der Markt entscheiden, welcher Betrieb gut ist und welcher nicht. Doch das ist im Falle der Meisterpflicht zu kurz gedacht. Problematisch sind, gerade im Handwerk, sogenannte Informationsasymmetrien. In der Studie „Ökonomische Aspekte



ZDB-Hauptgeschäftsführer **Felix Pakleppa** kämpft seit Jahren für die Wiedereinführung der Meisterpflicht

nen liegen [...] vor, wenn die Anbieter solcher Leistungen die (notwendige) Dienstleistungs- und Produktqualität aufgrund ihrer Erfahrung und Ausbildung sehr gut einschätzen können, dies aber nicht für ihre Kunden gilt, da diese nicht über entsprechende Kenntnisse verfügen.“ Etwas einfacher ausgedrückt: Vom Kunden kann nicht vorausgesetzt werden, die Qualität erbrachter Leistungen zu bewerten, da ihm dazu Wissen oder Erfahrung fehlt. Im Handwerk wiegt dies besonders schwer, da erbrachte Leistungen häufig sehr individuell sind und es keine Standardisierung gibt. Das führt laut der Studie dazu, dass „Kunden potentielle Qualitätsunterschiede zwischen Leistungen und Anbietern entweder gar nicht oder nur schwer erkennen“.

„Niemand käme auf die Idee, beim Rechtsanwalt oder Architekten die Qualifikation als Voraussetzung abzuschaffen mit dem Argument, der Markt könne doch entscheiden, welcher seinen Job beherrsche.“

Carsten Linnemann

der Novellierung der Handwerksordnung“ der Professoren Justus Haucap und Alexander Rasch von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf heißt es: „Asymmetrische Informatio-

Gleichzeitig gilt im Grundgesetz die Berufsfreiheit, die das Recht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl festschreibt. Die Wiedereinführung stelle, so die Kritiker, deswegen auch

einen Eingriff in Grundrechte dar, der gut begründet sein müsse. Carsten Linnemann hält die Regulierung aber ordnungspolitisch und auch verfassungsjuristisch für gerechtfertigt: „Entscheidend für die Einführung der Meisterpflicht ist, ob es sich um gefahrgeneigte Handwerke handelt, deren unsachgemäße Ausübung eine Gefahr für Leben und Gesundheit bedeutet“, stellt er klar. „Außerdem sollen solche Handwerke berücksichtigt werden, die vom Kulturgüterschutz erfasst werden oder als immaterielles Kulturgut angesehen werden“, so Linnemann weiter. Um bestehende Betriebe, die momentan noch nicht der Meisterpflicht unterliegen, zu schützen, wird außerdem ein Bestandsschutz festgeschrieben. Auch in anderen Bereichen gebe es Zugangsbeschränkungen, so Linnemann: „Niemand käme auf die Idee, beim Rechtsanwalt oder Architekten die Qualifikation als Voraussetzung abzuschaffen mit dem Argument, der Markt könne doch entscheiden, welcher seinen Job beherrsche.“

Bei der Einführung ist Eile geboten. Bis spätestens 30. Juli 2020 muss die Bundesregierung eine EU-Richtlinie zur Verhältnismäßigkeitsüberprüfung neuer Berufsreglementierungen umsetzen. Dies dürfte die Rechtfertigung für eine Wiedereinführung erheblich verkomplizieren. Der Koalition ist deswegen daran gelegen, das Gesetz noch in diesem Jahr zu beschließen. Der Bundesrat hatte sich bereits im Februar für eine Wiedereinführung ausgesprochen. Mitte Oktober beschloss auch das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Meisterpflicht. Nun muss das Gesetz noch vom Bundestag beschlossen werden. Angesicht der Mehrheit von Union und SPD dürfte der Wiedereinführung der Meisterpflicht nun nichts mehr im Wege stehen. ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de

14. BUNDESMITTELSTANDSTAG IN KASSEL

MIT legt Fitnessprogramm für deutsche Wirtschaft auf

Der 14. Bundesmittelstandstag (BMT) hat die Bundesregierung zu einem schnelleren Umlenken in der Wirtschafts- und Umweltpolitik aufgefordert. „Deutschland braucht angesichts der gewaltigen globalen Herausforderungen ein Fitnessprogramm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“, sagte der mit 98 Prozent im Amt bestätigte MIT-Vorsitzende Carsten Linne-
mann in Kassel.



Die rund 430 MIT-Delegierten verabschiedeten auf dem alle zwei Jahre stattfindenden BMT einen Leitbeschluss mit dem Titel „Wir alle sind Wirtschaft“. Das Maßnahmenpaket listet auf vier Seiten klare Forderungen zu zentralen Politikfeldern auf: Digitalisierung, Arbeitsmarkt, Forschung und Entwicklung, Steuerrechtigkeit und Klimaschutz.

„Wollen Digitalrepublik Nr. 1 in Europa werden“

Die MIT fordert unter anderem, innerhalb der nächsten drei Jahre die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen online anzubieten. Ein „einheitliches digitales Unternehmensregister“ soll Unternehmen von Bürokratie befreien. Jedes Ministerium und jede Behörde soll einen „Chief Digital Officer“ bestimmen, der „digital denkt und lenkt“. Die MIT fordert ein Open-Data-Gesetz, bessere Ausschreibungsregeln für Startups und zwei bürokratiefreie Jahre für Unternehmensgründungen.

Flexiblere und familienfreundlichere Arbeitswelt

Als zweites Ziel will die MIT, dass Deutschland familienfreundlicher wird, flexibleres Arbeiten erleichtert und

die richtigen Fachkräfte besser und schneller anwirbt. Dazu soll der Grundfreibetrag für Kinder auf die Höhe des Erwachsenengrundfreibetrages angehoben und das Kindergeld erhöht werden. Das Baukindergeld soll nicht verlängert und stattdessen die Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie gesenkt werden. Die tägliche Höchst- arbeitszeit soll durch eine wöchentliche ersetzt werden. Die MIT fordert zudem eine Debatte über die Erhöhung des Rentenbezugsalters: „Wir müssen uns ehrlich machen, wie wir die Lebensarbeitszeit sinnvoll und schonend verlängern können“, heißt es im Leitbeschluss.

Attraktiveres Steuersystem für Unternehmen

Bei Forschung und Entwicklung will die MIT vor allem mittelständische Unternehmen stärken und universitäre Spitzenforschung erleichtern. Die MIT fordert ferner eine Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts mit attraktiveren Steuersätzen. „Die Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen muss so weit sinken, dass wir nicht mehr die höchsten Steuersätze im Vergleich der Industrieländer haben. Ziel muss eine Steuerbelastung sein, die maximal

dem Durchschnitt der Industriestaaten entspricht“, so der Beschluss. Auch kleine und mittlere Einkommen sollen steuerlich entlastet werden.

Klimaschutz marktwirtschaftlich ausrichten

Schließlich fordert die MIT „eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung beim Klimaschutz“ mit einer verbindlichen Obergrenze für CO₂. Statt diverser Einzelregulierungen sieht die MIT den europäischen Emissionsrechtehandel als richtigen Weg an. Linnemann: „Klimapolitik muss global gedacht werden und darf sich nicht nur auf Deutschland beschränken. Deutschland soll Innovationsführer beim Klimaschutz werden, um die besten Lösungen zur CO₂-Reduzierung in der ganzen Welt anbieten zu können. Deswegen

müssen wir auf Technologieoffenheit achten.“ Einzelne Lösungen, wie beispielsweise Batterietechnik, dürften nicht einseitig bevorzugt werden.

Ferner verabschiedete der BMT rund 50 weitere Anträge. Neben einer Begrenzung der Bundeskanzler-Amtszeit und einer Deckelung des Deutschen Bundestags auf 598 Mitglieder sprach sich die MIT unter anderem für Einsparungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, für ein Festhalten an der „schwarzen Null“ sowie gegen eine Reaktivierung der Vermögenssteuer aus – und ergänzend dazu für ein Beschlussmonitoring-System, in dem sich Mitglieder jederzeit über den Umsetzungsstand der Beschlüsse informieren können. Alle Anträge können online unter www.bundesmittelstandstag.de eingesehen werden. ●

„Steuererhöhungen sind Schnapsidee“



In einem waren sich die Delegierten und Redner in Kassel einig: die zunehmenden Steuerbelastungen gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Bevor der BMT am Samstag den Leitbeschluss „Wir alle sind Wirtschaft“ verabschiedete, warnte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer am Freitagabend vor Wettbewerbsnachteilen. Es gebe in Deutschland „zunehmende Belastungen bei den Unternehmenssteuern“. Andere Länder hätten die Abgaben für Unternehmen „massiv gesenkt“. Deswegen sei es wichtig, die von der CDU angeschobene Reform der Unternehmenssteuern durchzubringen.



Der frühere Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz warnte davor, in der Debatte über die Klimapolitik aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen aus dem Blick zu verlieren. „Wer kommt eigentlich auf die Schnapsidee, in einer Zeit des zyklischen Abschwungs über Steuererhöhungen zu reden? Die Politik sollte jetzt nicht noch dazu beitragen, den Abschwung zu verstärken“, sagte Merz. In der Umweltpolitik müsse Deutschland mehr tun. Das sei eine Chance für die Unionsparteien: „Wir haben als Union die geradezu einmalige Chance, ökonomische Vernunft mit ökologischer Verantwortung zu verbinden.“



In einem Grußwort warnte der Vorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, vor einer Anbiederung an die Grünen. Die Ökopartei sei nicht der natürliche Koalitionspartner. Er forderte die Unionsparteien dazu auf, ihre Markkerne zu schärfen: „Die Union muss wieder das Ziel haben, 40 Prozent zu erreichen.“ Zu

einer Profilschärfung rief auch der MIT-Vorsitzende Carsten Linnemann auf: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu einer Karaoke-Party werden, die dem Zeitgeist hinterher rennt und den Ton anderer Parteien imitiert. Die CDU muss wieder eine Partei werden, die Politik aus Überzeugung macht. Und zwar für jeden erkennbar“, sagte Linnemann. „Unsere Volksparteien brauchen eine klare Sprache, Überzeugungen und Positionen.“ Die Reden können auf www.bundesmittelstandstag.de angeschaut werden.

MIT kürzt Namen

Das Kürzel bleibt, nur die Bezeichnung wird kürzer: Aus der „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“ wird die „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“. Die in Statut und Satzung von CDU und CSU verankerte Unionsvereinigung trägt weiterhin das Kürzel MIT. Der neue Name ist mit 34 Zeichen um ein Drittel kürzer als der bislang in der Satzung festgeschriebene Name mit 52 Zeichen. Für die Umsetzung wird eine Übergangsfrist bis Ende 2021 gewährt. Bis dahin können Gliederungen den alten Namen auf bereits gedruckten Publikationen und Werbemitteln weiter verwenden.





1



2



3



4



5



6

Mehr Fotos auf www.mit-bund.de

1. MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann eröffnet den 14. Bundesmittelstandtag, 2. Der frühere MIT-Chef Josef Schlarmann im Gespräch, 3. Die Tagungspräsidenten Tilman Kuban und Kristina Schröder, 4. Annegret Kramp-Karrenbauer vor ihrer Rede, 5. Juliane Müller-Weigel, MIT Schleswig-Holstein, 6. Götz Wiese, MIT-Chef Hamburg, 7. Carsten Linnemann, 8. Matthias Klein, neuer MIT-Mitgliederbeauftragter, 9. Hermann Hesse verabschiedet sich als Bundesschatzmeister, 10. MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, 11. Annegret Kramp-Karrenbauer, 12. Hans Michelbach, MIT-Vize 2001-2019



7



8



9



10



11



12



Schimke

13. Häufig genutzt: die „Wahlkabinen“, 14. Gesundheitsminister Jens Spahn, 15/16/17. CDU-General Paul Ziemiak, Carsten Linnemann und Jens Spahn eröffnen den Hessischen Abend, 18. MIT-Vize Jana Schimke, 19. Neues MIT-Ehrenmitglied: Hans Michelbach (r.), 20. Helmut Matthies (idea) hält die erste Andacht bei einem Bundesmittelstandtag





21. Verabschiedung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, 22. Viel Gesprächsbedarf während der Antragsberatungen, 23. Felix Pakleppa (ZDB), Annegret Kramp-Karrenbauer, Fliesenleger Janis Gentner, Carsten Linnemann, 24. Die CDU-Chefin besucht die Kinderbetreuung, MIT-Bundesvorstandsmitglied Sarah Gillen (r.), 25. Blick in das Kongress Palais, 26. PKM-Chef Christian von Stetten, 27. Marco Reuter, Vorsitzender der Antragskommission, 28. MIT-Vize Patricia Lips, 29. Videogruß von Wirtschaftsminister Peter Altmaier, 30. Friedrich Merz



Der neue MIT-Bundesvorstand

Die Delegierten des 14. Bundesmittelstandtags haben einen neuen Bundesvorstand gewählt. Diesem gehören weitere Mitglieder an, etwa die Ehrenvorsitzenden Hansjürgen Doss und Peter Rauen sowie der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian von Stetten.



Valentina Dahms
MU Bayern
Ebersberg
Alter: 42
Beruf: Geschäftsführerin



Michael Darda
LV NRW
Wesel
Alter: 63
Beruf: Haus- und Grundstücks-
verwalter



Peter Erl
MU Bayern
Deggendorf
Alter: 69
Beruf: Inhaber/Geschäftsführer



Angela Erwin MdL
LV NRW
Düsseldorf
Alter: 39
Beruf: Rechtsanwältin/Partnerin



Christoph Fay
LV Hessen
Frankfurt am Main
Alter: 64
Beruf: Rechtsanwalt



Dr. Michael Fillié
LV Bremen
Bremen Stadt
Alter: 55
Beruf: Geschäftsführender
Gesellschafter



Dr. Albrecht Geier
LV Baden-Württemberg
Ortenau
Alter: 70
Beruf: Rechtsanwalt



Dr. Thomas Geppert
MU Bayern
Rosenheim Land
Alter: 38
Beruf: Verbandsgeschäftsführer



Georg Gerdes
LV Niedersachsen
Aschendorf-Hümmling
Alter: 49
Beruf: Unternehmensberater



Sarah Gillen
LV Saarland
St. Wendel
Alter: 35
Beruf: Landtagsabgeordnete, selbst.
Baufachberaterin

Bundvorsitzender



Dr. Carsten Linnemann MdB
LV NRW
Paderborn
Alter: 42
Beruf: Bundestagsabgeordneter

Bundes- schatzmeister



Michael Littig
LV Rheinland-Pfalz
Kaiserslautern
Alter: 54
Beruf: Vorstand

stellv. Bundvorsitzende



Dr. Matthias Heider MdB
LV NRW
Mark
Alter: 53
Beruf: Bundestagsabgeordneter,
Rechtsanwalt

Mitglieder- beauftragter



Matthias Klein
LV NRW
Gelsenkirchen
Alter: 54
Beruf: CEO, Geschäftsführer



Patricia Lips MdB
LV Hessen
Offenbach-Land
Alter: 55
Beruf: Bundestagsabgeordnete

Beisitzer



Dorin Müthel-Brenncke
LV Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin
Alter: 50
Beruf: Geschäftsführende
Gesellschafterin



Stephan Albani MdB
LV Niedersachsen
Ammerland
Alter: 51
Beruf: Bundestagsabgeordneter



Franz-Josef Pschierer MdL
MU Bayern
Unteralgäu
Alter: 63
Beruf: Landtagsabgeordneter



Henning Aretz
LV NRW
Essen
Alter: 63
Beruf: Jurist, Partner



Jana Schimke MdB
LV Brandenburg
Dahme-Spreewald
Alter: 40
Beruf: Bundestagsabgeordnete



Sebastian Brehm MdB
MU Bayern
Nürnberg
Alter: 47
Beruf: Selbst. Steuerberater,
Bundestagsabgeordneter



Oliver Zander
LV Baden-Württemberg
Böblingen
Alter: 54
Beruf: Prokurist/Geschäftsführer



Holger Cosse
LV Niedersachsen
Meppen
Alter: 44
Beruf: Geschäftsführender
Gesellschafter

2019 – 2021



Prof. Dr. Josef Gochermann
LV NRW
Coesfeld
Alter: 59
Beruf: Professor Marketing & Technologiemanagement, Geschäftsführer



Johannes Kraft
LV Berlin
Pankow
Alter: 42
Beruf: Geschäftsführender Gesellschafter



Alexander Prox
LV Niedersachsen
Cloppenburg
Alter: 47
Beruf: Geschäftsführer



Finn Age Hänsel
LV Berlin
Berlin-Mitte
Alter: 37
Beruf: Geschäftsführer



Irmgard A. Lohmann
LV Niedersachsen
Hameln-Pyrmont
Alter: 61
Beruf: Steuerberaterin, vereidigte Buchprüferin



Sybille Reimschüssel
LV Brandenburg
Elbe-Elster
Alter: 49
Beruf: Geschäftsführerin



Dr. Georg Kippels MdB
LV NRW
Rhein-Erft-Kreis
Alter: 61
Beruf: Bundestagsabgeordneter



Peter Luths
LV Niedersachsen
Lüneburg
Alter: 57
Beruf: Rechtsanwalt und Mediator



Dirk Reinhold
MU Bayern
Aschaffenburg
Alter: 48
Beruf: Geschäftsführung



Sabine Kleinke
LV Niedersachsen
Braunschweig
Alter: 59
Beruf: Rechtsanwältin, Dozentin, Lehrbeauftragte



Jörg Meurer
LV Rheinland-Pfalz
Mayen-Koblenz
Alter: 52
Beruf: Rechtsanwalt



Margarete Reiser
LV Baden-Württemberg
Sigmaringen
Alter: 71
Beruf: Rentnerin



Andrea Klieve
LV NRW
Essen
Alter: 46
Beruf: Selbst. Rechtsanwältin



Norbert Müller
LV Sachsen
Dresden
Alter: 63
Beruf: Geschäftsführender Gesellschafter



Volker Rode
LV Hessen
Main-Kinzig
Alter: 57
Beruf: Selbst. Steinbildhauer



Günter F. Kohl
LV Schleswig-Holstein
Rendsburg-Eckernförde
Alter: 69
Beruf: Medienunternehmer



Steffen Peschke
LV Thüringen
Erfurt
Alter: 55
Beruf: Unternehmensberater/Leiter Kundencenter



Sven Schulze MdEP
LV Sachsen-Anhalt
Harz
Alter: 40
Beruf: Mitglied des Europäischen Parlaments



Bärbel Edith Kohler
LV NRW
Neuss
Alter: 60
Beruf: Personalcoach/Inhaberin



Dr. Harald Pohlmann
LV NRW
Lippe
Alter: 64
Beruf: Unternehmer/Inhaber



Dr. Philipp Steinwälder
LV Hamburg
Eimsbüttel
Alter: 52
Beruf: Rechtsanwalt

Wenn's um meine Rechte geht, weiß ich eins:

**MIR KANN
KEINER WAS!**



ROLAND
Sicher im Recht.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Kommissar verspricht „KMU-Filter“

Der designierte Vizepräsident der EU-Kommission, Maroš Šefčovič, hat versprochen, dass die neue Kommission einen besonderen KMU-Filter bei der Erstellung von EU-Gesetzesvorschlägen verwenden werde. Bei seiner Anhörung am 30. September im Justiz-, Industrie-, Außen-, und Petitionsausschuss des Europaparlaments betonte Šefčovič, dass kleine und mittlere Unternehmen in der von der Leyen-Kommission eine hohe Priorität genießen. Diese Aussage des Slowaken, der mehrere Ressorts unter der Maßgabe „Interinstitutioneller Beziehungen und Vorausschau“ koordinieren wird, gibt Grund zur Hoffnung. Fraglich ist, wie der KMU-Filter von der neuen Kommission umgesetzt wird. In jedem Fall werden die Unions-Europaabgeordneten auch weiterhin von Parlamentsseite die EU-Gesetzgebung im Sinne der KMU nachbessern.



Preisvergleiche nicht möglich

Autohersteller müssen unabhängigen Ersatzteihändlern keine Daten über Ersatzteile bereitstellen, die elektronisch weiterverarbeitet werden können. Das hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Da unabhängigen Werkstätten kein umfassender Zugang zu Ersatzteil-Datenbanken gewährleistet ist, sind Preisvergleiche zwischen verschiedenen Herstellern nicht möglich. Im September 2020 tritt die neue Typgenehmigungs-Rahmenverordnung in Kraft, die Autohersteller verpflichtet, alle notwendigen Daten zur Autoreparatur online bereitzustellen. Erst dann sind gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Ersatzteilmarkt, der sich allein in Deutschland auf 26 Milliarden Euro beläuft, hergestellt, was zu günstigeren Ersatzteilen führen könnte.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Industriestandort Deutschland

Unionsfraktion einigt sich auf Industriestrategie

Die Unionsfraktion im Bundestag hat ein Strategiepapier zur „Einordnung der Industriepolitik in die Soziale Marktwirtschaft“ beschlossen. Ziel ist die Stärkung des Industriestandortes Deutschlands in Zeiten der Digitalisierung und der Expansion von Ländern wie China. MIT-Chef Carsten Linnemann: „Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft weisen auch für die Zukunft den Weg für den Umgang mit diesen Herausforderungen.“ Es habe sich bewährt, dass die Politik Rahmenbedingungen setzt, aber nicht in das Marktgeschehen selbst eingreift.

Datenschutz

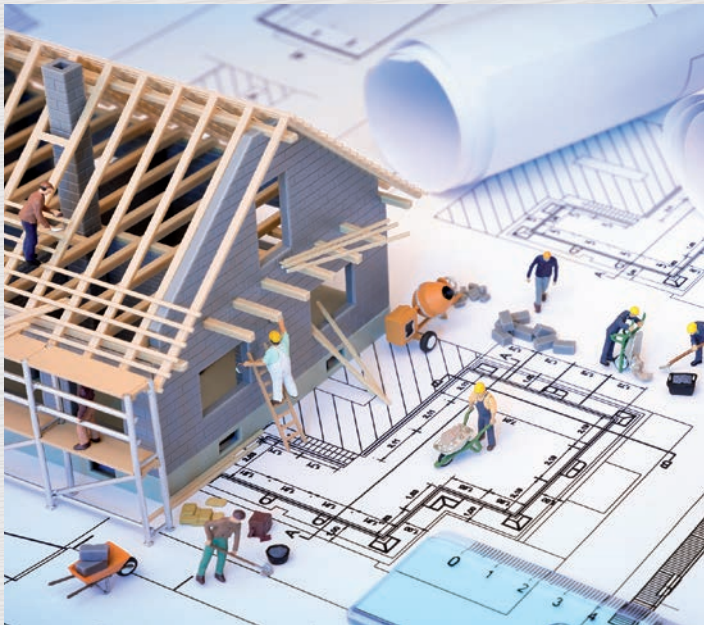
EU moniert deutsche Sonderregeln

Die EU-Kommission hat Deutschland für seine scharfen Datenschutzregeln kritisiert. Deutschland würde beim Datenschutz teilweise vom EU-Standard abweichen, indem es schärfere Regeln einführe, so die Kommission. Die Bundesregierung hatte zwar bereits nachgebessert und einige Anforderungen gelockert. Aus Sicht der EU gehen diese Reformen aber nicht weit genug. Vor allem Mittelständler leiden unter der Übererfüllung von EU-Standards durch Deutschland. „Die EU-Kommission kritisiert zu Recht, dass Deutschland in manchen Punkten beim Datenschutz strenger und bürokratischer ist als die EU“, sagte MIT-Chef Carsten Linnemann. Er erneuerte die MIT-Forderung, die Sondervorschrift zur Bestellung von Datenschutzbeauftragten ganz abzuschaffen oder wenigstens die Grenze deutlich auf 50 Mitarbeiter anzuheben.



Über eine Milliarde Entlastung für Unternehmen

Das Bundeskabinett hat das dritte Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg gebracht. Das Gesetz enthält Maßnahmen, die Unternehmen um mehr als eine Milliarde Euro entlasten sollen. Vorgesehen ist beispielsweise eine elektronische Krankmeldung und eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen von Steuerunterlagen. Für MIT-Chef Carsten Linnemann ein wichtiger Schritt: „Gerade der Mittelstand leidet unter unnötiger Bürokratie“ Viele der bürokratischen Verpflichtungen seien entbehrlich und könnten vereinfacht und digitalisiert werden.



Schnelleres Planen und Bauen

Während China einen Flughafen in vier Jahren baut, herrscht auf deutschen Baustellen Stagnation. Gerade Großbaustellen brauchen von der Planung über den Baubeginn bis zur Fertigstellung Jahre oder Jahrzehnte. Grund dafür ist auch die wachsende Zahl planungs- und umweltrechtlicher Vorgaben. Nun haben fünf CDU-Politiker, unter anderem die MIT-Vertreter Carsten Linnemann, Paul Ziemiak und Hendrik Wüst, einen 11-Punkte-Plan vorgelegt. Er sieht unter anderem eine Einschränkung des Klagerechts von Verbänden und eine Aufstockung des Planungspersonals vor.

Insa-Umfrage

Zuwanderung immer noch drängendstes Problem

Das Thema Zuwanderung, Migration und Flüchtlinge sollte die Bundesregierung am dringendsten angehen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der MIT. 32 Prozent der Befragten gaben diesen Themenkomplex an. An zweiter Stelle mit 28 Prozent folgen Umwelt, Klima und Tierschutz. Jeweils 17 Prozent nannten Rente und Altersarmut sowie Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Ungleichheit als dringendste Themen. Die Frage wurde ohne vorgegebene Antwortmöglichkeit gestellt.

In der Umfrage gaben 48 Prozent der Befragten an, dass es eine positive Auswirkung auf sie habe, wenn es der deutschen Wirtschaft gut geht. 41 Prozent dagegen sind der Meinung, eine gute Wirtschaft habe keine Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Situation. Ein besseres

Bild ergibt sich bei deutschen Unternehmen: 53 Prozent bewerten sie positiv, nur 13 Prozent negativ.

Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition wird eher kritisch gesehen: 35 Prozent sehen eher negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. 30 Prozent sehen positive, 20 Prozent keine Auswirkungen. Als dringendste Aufgaben der Wirtschaftspolitik wurden genannt: Infrastruktur (40 Prozent), Bürokratieabbau (40 Prozent), vollständige SoLi-Abschaffung (40 Prozent), Energiekosten senken (39 Prozent), Lohn- und Einkommensteuer senken (37 Prozent).

Die größte Wirtschaftskompetenz schreiben die Befragten nach wie vor der CDU zu. Zusammen kommen CDU und CSU auf 29 Prozent. Weit abgeschlagen folgen SPD und FDP mit je neun Prozent.

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (30.9.2019)

Vechta
(Niedersachsen)
863 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
585 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Fulda
(Hessen)
581 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
458 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Meppen
(Niedersachsen)
402 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Günter Reisner

Verbände mit größten absoluten Zuwachs (31.7.2019 – 30.9.2019)

15
Euskirchen
(Nordrhein-Westfalen)
15 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Paulo Pinto

9
Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
9 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Ulrich Lange



6
Sächsische Schweiz - Osterzgebirge
(Sachsen)
6 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Axel Mantey

5
Mecklenburgische Seenplatte
(Mecklenburg-Vorpommern)
5 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Peter Bauer

6
Würzburg-Stadt
(Bayern)
6 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Matthias Rothkegel

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.7.2019 – 30.9.2019)

+50%
Werra-Meissner (Hessen)
Kreisvorsitz: Dirk Landau

+33%
Oberspreewald-Lausitz
(Brandenburg)
Kreisvorsitz: David Hänchen

+22%
Mecklenburgische Seenplatte
(Mecklenburg-Vorpommern)
Kreisvorsitz: Peter Bauer

+31%
Euskirchen (Nordrhein-Westfalen)
Kreisvorsitz: Paul Pinto

+25%
Hamburg-Bergedorf (Hamburg)
Kreisvorsitz: derzeit unbesetzt



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich zu einem zukunftsfesten und weltoffenen Deutschland beitragen möchte.“



Stephan Convent

Hochschulprofessor,
MIT Werra-Meissner

... ich die Stimme des Mittelstandes politisch mitgestalten möchte“



Sebastian Witte

Geschäftsführender Gesellschafter,
MIT Stade

... ich den Austausch mit den MIT-Mitgliedern untereinander und die Zusammenarbeit mit den politischen Funktionsträgern schätze.“



Peter Huber

Vorstand,
MIT Trier-Stadt

Professor Dr. Stephan Convent (35) ist Hochschulprofessor und Studiendekan für Betriebswirtschaft und Sicherheitsmanagement an der Diploma-Hochschule. Zuvor war Convent Geschäftsführer in zwei mittelständischen Unternehmen in Hessen. Politisch engagierte er sich bereits als Bundesschatzmeister und stellvertretender Bundesvorsitzender beim Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Von 2009 bis 2013 brachte sich Convent in den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales der CDU Deutschlands ein. Sein großes Hobby gibt der aus Kleve in Nordrhein-Westfalen stammende Convent seine beiden Söhne an, die zugleich Ansporn seien, sich ehrenamtlich in die Gesellschaft einzubringen.

Sebastian Witte (39) ist Geschäftsführer eines Systemhauses für Flottenmanagementsysteme, Telematik und Softwarelösungen für Speditions- und Logistikunternehmen. Das Unternehmen rüstet bundesweit Fahrzeuge mit Telematik-Systemen aus. Mit der Technik lassen sich unter anderem Fahrzeuge orten, Aufträge übermitteln sowie Tachograph-Daten auslesen und auswerten.

Nach einer Ausbildung zum Betriebswirt und leitenden Funktionen in der Personaldienstleistungsbranche führte er zuvor rund zehn Jahre einen Bildungsdienstleister mit knapp 35 Mitarbeitern. 2012 gründete er dann die sotec GmbH mit Sitz in Stade, wo der zweifache Familienvater und passionierte Handballer auch lebt.

Dr. Peter Huber hat nach einer Ausbildung zum Berufspiloten und einem Medizinstudium eine weitere Ausbildung zum Militärflugzeugführer und Fliegerarzt absolviert. Nach seinem aktiven Dienst in der Luftwaffe wechselte er Mitte der 90er Jahre in die zivile Luftfahrt. Parallel dazu war er im Bereich Firmenrestrukturierung und -sanierung als Manager auf Zeit tätig. Ab 2003 arbeitete er in der DRF-Luftrettung als Flugkapitän und Flottenchef im Ambulanzflug. 2016 wurde Huber in den Vorstand der DRF-Stiftung Luftrettung berufen und übernahm die Geschäftsführung einer Tochtergesellschaft.

Sein besonderes Interesse liegt in der Gesundheitsversorgung und der Notfallmedizin.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

ALLES AUS EINER HAND MADE IN BERLIN RHEINBACH

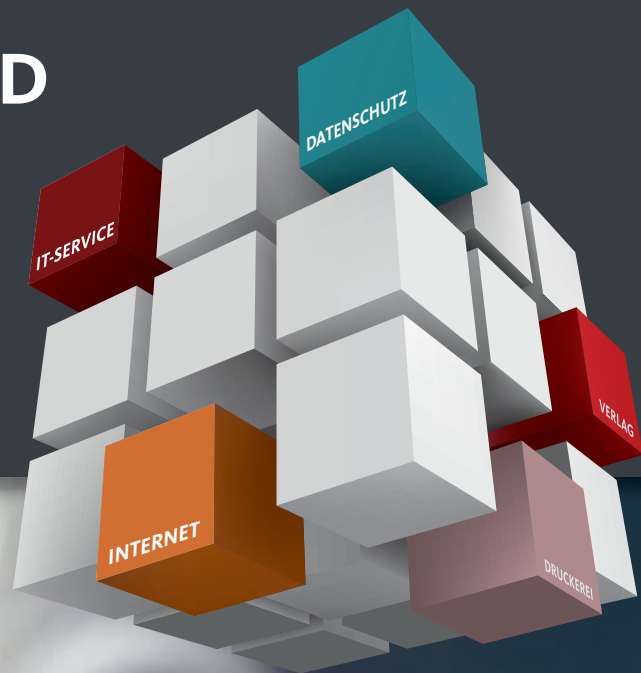


Foto: AdobeStock.com / JohnHecker



Als Medienhaus mit dem Standort Rheinbach und der Betriebsstätte Berlin sind wir stolz darauf, dass unsere Qualität in ganz Deutschland geschätzt wird.

Wie können wir Ihnen helfen?



Union Betriebs-GmbH

Rheinbach: Egermannstraße 2 | 53359 Rheinbach
Telefon 02226 802-0 | Telefax 02226 802-111
info@ubgnet.de

Berlin: Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 220 70-271 | Telefax 030 220 70-279
www.UBG365.de